

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Österreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgespaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 nur das erste Wort frei. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Emil L. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 27. April 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Ein kleines Buchhausgesetz.

Die gestern von uns erwähnte Polizeiverordnung des **V a b e r** Senats beleuchtet grell die unhaltbaren Zustände der Verfassung und Gesetzgebung im Deutschen Reich. Man vergegenwärtige sich: die Reichsregierung bringt im Buchhaus-Gesetzentwurf unter anderem den Vorschlag, „die planmäßige Ueberwachung“ von Arbeitsstätten usw. unter Strafe zu stellen, wenn sie Verabredungen dienen solle, die eine Einwirkung auf Arbeits- oder Lohnverhältnisse bezwecken. Keine andre Bestimmung des Buchhausgesetzes erregt so allgemeinen entrüsteten Widerspruch wie diese. Eine überwältigende Mehrheit des Reichstags lehnt das ganze Gesetz in zweiter Lesung ab, ohne es der Ehre einer Kommissionsberatung oder einer weiteren Debatte zu würdigen. Und gerade fünf Monate nach dieser nicht mißzuverstehenden Aeußerung des Willens der Nation kann die Polizeiverwaltung eines Duodezstaats es wagen, im Wege einer simplen Verordnung das in Kraft zu setzen, was im Wege des Reichsgesetzes nicht zu erlangen war. Die Mehrheit des Reichstags, beschäftigt wie sie ist mit dem agrarisch-marinitischen Handelsgeschäft und mit dem Ausschließen von Bestimmungen zur Anebelung von Kunst und Wissenschaft, wird möglicherweise keine Zeit finden, auf diese beleidigende Herausforderung gebührend zu antworten. Wir aber müssen sagen: Steht der Reichstag diese Ohrfeige ein, so hat er sie verdient!

Die Polizeiverordnung des Senats von Lübeck ist Geist von Geist des Buchhausgesetzes, d. h. reine Klassengesetzgebung, deren Ergebnis sein wird, den Unternehmern neue Vorteile für ihren Wettkampf mit den Arbeitern in die Hand zu spielen.

Darin steht zugleich ein Ausnahme-gesetz, denn ganz legale Handlungen, die jedem andern gestattet sind, sollen verboten und bestraft werden, wenn sie im Interesse der organisierten Arbeiterschaft gethan werden.

Die Tragweite der Verordnung ist enorm; sie muß bei der Auslegungsfähigkeit ihrer schwammigen Begriffsbestimmungen und der Anlegungsart der Juristen zu einer völligen Labmlegung der Arbeiterschaft bei jedem Streit und jeder Ansperrung führen.

Nach der Verordnung sollen bestraft werden:
 „Personen, welche planmäßig zum Zweck der Beobachtung oder Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstätte oder des Zugangs von Arbeitern zu einer Arbeitsstätte an einem öffentlichen Ort sich aufhalten.“

Um mit dem Letzten zu beginnen, so soll zur Strafbarkeit ausreichen das „Sich-aufhalten“. Also ist nicht etwa erforderlich, daß Menschenansammlungen stattfinden, die den Verkehr stören, sondern jedem Einzelnen ist der Aufenthalt verboten. Er braucht nicht etwa gedroht zu haben, es braucht nicht einmal die Gefahr einer Drohung oder sonstigen Störung der persönlichen Freiheit und Sicherheit irgend eines Menschen vorzuliegen. Die bloße Thatsache des „Aufenthalts“ genügt, auch wenn dieser Aufenthalt in der friedlichsten, gefälligsten Form geübt wird.

Jeder Aufenthalt an „einem öffentlichen Orte“ fällt unter die Verordnung, d. h. sie bestränkt sich nicht etwa auf Straßen und Plätze, sondern sie verbietet auch den Aufenthalt in Caféhöfen, Restaurationen und in öffentlichen Versammlungshäusern!

Die Strafbarkeit tritt zunächst ein, wenn die Handlung begangen wird zum Zweck der „Beobachtung“. Das heißt: wer still und ruhig dasteht, kein Glied rührt und den Mund nicht öffnet, sondern bloß die Augen gebraucht, soll bestraft werden. Es soll den Arbeiterorganisationen verboten werden, sich zu unterrichten, wie viele und welche Arbeiter in einer Werkstatt beschäftigt sind. Eine sonst jedem Menschen erlaubte Handlung zu einem vom Gesetz ausdrücklich erlaubten Zweck soll bestraft werden.

Vergleichen soll die „Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstätte“ unter die Strafbandrohung fallen. Nicht etwa eine gewaltsame, dringende, ungesetliche, sondern jede Art von Beeinflussung, auch die legalste. Es ist nicht einmal nötig, daß es eine Beeinflussung zur Teilnahme an Streiks, zum Widerstand gegen Aussperrungen, zur Teilnahme an der Organisation ist, nein, die Absicht der Beeinflussung macht strafbar, ganz gleichgültig, wozu die Arbeiter beeinflusst werden sollen.

Das ist der krasseste Unternehmerstandpunkt: der Arbeiter gehört mit Leib und Seele dem Arbeitgeber allein. Ihn in irgend einer Weise zu beeinflussen, sei es in oder außer der Fabrik, steht nur dem „Herrn“ zu; wer es sonst versucht, macht sich strafbar.

Die Konsequenzen dieser Bestimmung sind so horrend, daß sie bis ins Lächerliche umschlagen. Wer vor einer Fabrik Gettel verteilt, worauf ein „kräftiger Mittagstisch“ angepöpselt wird, müßte nach der Verordnung bestraft werden, denn er „hält sich planmäßig an einem öffentlichen Ort auf zum Zweck der Beeinflussung der Arbeiter einer Arbeitsstätte“. Vielleicht dämmert jetzt den Juristen des läbbigen Senats auf, zu welchen unfinnigen Konsequenzen es führt, wenn man in dem Bestreben, ein reaktionäres Kautschudgesetz zu schaffen, möglichst allgemeine und nichtsfahrende Ausdrücke wählt.

Aber die Verordnung führt zu andern, praktisch viel gefährlicheren Folgen. Es ist durchaus unrichtig, sie nur eine Verordnung gegen Streikposten zu nennen. Diese werden zwar auch davon betroffen, aber auch jede Flugblattverteilung auf der Straße, jede Werkstättenversammlung in einem öffentlichen Lokal, wodurch die Arbeiter einer Fabrik angefordert werden, die Abstickung irgend welcher Uebelstände, Verklärung der Arbeitszeit oder dergleichen in die Hand zu nehmen, oder sich der Organisation anzuschließen, werden gefährdet, denn der Zettelverteiler oder der Redner ist strafbar, weil er sich an einem öffentlichen Ort planmäßig aufgehalten hat zum Zweck der Beein-

flussung der Arbeiter einer Arbeitsstätte. Das bedeutet eine völlige Labmlegung der Agitation der Gewerkschaften!

Natürlich wird auch hier wieder eingewendet werden, daß die Bestimmung sich nicht einseitig gegen Arbeiter wende, sondern gegen jeden, auch gegen Arbeitgeber. Das ist der Form nach richtig, der Sache nach falsch. Arbeitgeber brauchen, um auf andre Arbeitgeber einzuwirken, nicht den Aufenthalt an öffentlichen Orten, sondern sie pressen die Widerspännigen in geschlossenen Kontenfilzeln und durch briefliche Androhung geschäftlicher Nachteile. Und ihren Arbeitern gegenüber haben sie es noch bequemer: es genügt ein Anschlag in der Fabrik oder ein Wink mit dem Zaunpfahl durch den Mund des Werkführers. Die Arbeiter aber können mit ihren Kollegen nicht anders in Zusammenhang kommen und auf sie einwirken als an öffentlichen Orten. Die einseitige Richtung gegen die Arbeiter liegt also schon in der Verordnung selbst. Im übrigen wird schon die „Handhabung“ dafür sorgen, daß die neuen Bestimmungen der Arbeitgeberkassette nicht unbequem werden. Soweit sie auf dem Papier stehen, müßte freilich auch der Arbeitgeber bestraft werden, der sich auf einem Bahnhof oder an einer Arbeitsvermittlungsstelle aufhält, um Streikbrecher anzuerkennen oder abzuholen, denn er verfolgt den Zweck, „den Zugang zu beeinflussen“, aber es glaubt wohl niemand im Ernst an eine solche Verurteilung. Der Unternehmer würde einwenden, daß er nicht dagestanden habe, um auf den Zugang einzutreten, sondern um seine zugehörenden Arbeiter vor anderer Einwirkung zu schützen, und man würde ihm dies glauben.

Daß diese Polizeiverordnung vom politischen und juristischen Standpunkt aus aufs höchste zu verdammen ist, das kann nicht zweifelhaft sein, es fragt sich aber auch, ob sie überhaupt gesetzlich zulässig ist. Unserer Meinung nach ist sie das nicht.

Die Polizei darf im allgemeinen Interesse allgemeine Bestimmungen treffen, soweit ihr die Gesetze dies Recht einräumen, aber sie darf nicht dieselbe Handlung in einem Fall gestatten, im andern unter Strafe stellen, sie darf auch nur Handlungen verfolgen, nicht Absichten oder Zwecke, am wenigsten solche, die gesetzlich erlaubt sind.

Aber nicht nur gegen diesen allgemeinen Grundsat der Gesetzgebung verstößt die Verordnung des Senats zu Lübeck, sondern sie verletzt auch in eklatanter Weise die Reichsgesetze. Sie bestraft den Aufenthalt an öffentlichen Orten.

Nach § 300 Nr. 10 des Strafgesetzbuchs ist strafbar, wer die zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen erlassenen Polizeiverordnungen übertreitet. Damit hat die Reichsgesetzgebung die Regelung der Vorgänge an öffentlichen Orten in ihren Bereich gezogen und nur den Erlaß der einzelnen Anordnungen den Polizeiverwaltungen übertragen, sie hat aber dank auch ausdrücklich ausgesprochen, daß solche Verordnungen nur erlassen werden dürfen zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe, aber nicht zum Schutze der Arbeiter vor irgend welcher „Beeinflussung“. Weiter aber als die Reichsgesetzgebung sie ihr übertragen hat, darf die Polizei ihre Verordnungsbezugnis nicht ausdehnen.

Derselbe Verstoß gegen die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung findet sich noch in anderer Beziehung. Die läbbige Verordnung wendet sich wie gesagt gegen die „Beeinflussung“ von Arbeitern. Wie weit eine Beeinflussung fremden Willens oder Handelns gestattet ist und wo sie anfängt strafbar zu werden, auch das hat die Gesetzgebung des Reichs im Strafgesetzbuch regeln wollen. Indem das Strafgesetzbuch die Nötigung und Erpressung in den §§ 240 und 253 mit Strafe bedroht, spricht es zugleich aus, daß jede andere Art von Beeinflussung gesetzlich erlaubt sein soll. Nur die Reichsgesetzgebung wäre berechtigt, weiter gehende Bestimmungen zu geben, der Landesgesetzgebung und gar der Polizei ist das durch das Einführungs-gesetz zum Strafgesetzbuch ausdrücklich verboten.

Endlich hat die Reichsgesetzgebung in § 132 der Gewerbe-Ordnung alle Verbote und Strafbestimmungen gegen die Verabredungen und Vereinigungen der Arbeiter zum Zwecke der Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen aufgehoben, das heißt auch die Schaffung neuer solcher Bestimmungen auf dem Wege der Landesgesetzgebung untersagt. Indem die Polizeiverordnung die Absicht der „Beeinflussung von Arbeitern“ unter Strafe stellt, verletzt sie dies Reichsgesetz. Eine Beeinflussung zum Zwecke der Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen oder der Teilnahme an Verabredungen, die sie betreffen, darf nur durch Reichsgesetzgebung für strafbar erklärt werden.

Wiesiech werden wir die Ausrede zu hören bekommen, die Polizeiverordnung verleihe das Reichsrecht aus dem Grunde nicht, weil sie sich nicht auf Verabredungen zum Zweck besserer Arbeitsbedingungen beschränke, sondern jede Beeinflussung treffe. Auch dies ist falsch. Nach allgemeinen juristischen Grundsätzen geht eine solche gesetzliche Spezialbestimmung stets allgemeinen Bestimmungen, die dieselbe Materie betreffen, vor. Der § 132 G.-O. ist ein solches Spezialgesetz, das die „Beeinflussung“ in Lohn- und Arbeitsangelegenheiten für straflos erklärt, soweit nicht im § 153 G.-O. Ausnahmen festgesetzt sind. Dies Spezialgesetz müßte für sein Gebiet jede Bestimmung, die Beeinflussungen allgemein verbiete, außer Kraft setzen.

Der läbbige Senat kann auch nicht einwenden, er wolle nicht die Beeinflussung bestrafen, sondern den „Aufenthalt“ an öffentlichen Orten. Wenn in allen andern Fällen der Aufenthalt an solchen Orten straflos bleibt, und er nur dann bestraft werden soll, wenn er dem Zwecke der „Beeinflussung von Arbeitern“ diene, so ist das, wogegen sich die Strafbandrohung richtet, nicht der „Aufenthalt“, sondern die „Beeinflussung“.

Die läbbige Polizeiverordnung ist mit Geist und Wortlaut der Reichsgesetzgebung unvereinbar!

Die Wasser-Springprozeßion.

Einige zwei drei
 Kriege!
 Für den Hl. Vater und für Mariä,
 Zurück ein's zwei!

Das Centrum führt die deutsche Politik nach dem Muster der Eßlingerer Springprozeßion. Allerdings nicht ohne Abweichung von jenem Brauch, den die katholischen Bewohner von Eßternach am Pfingst-Dienstag unter Abkündigung des Kreises: „Eins zwei drei u. s. f.“ üben. Die Eßternacher machen drei Schritte vorwärts, um zwei zurückzuspringen. Die Centrumspartei thut zwei Schritte vorwärts, um drei zurückzuspringen. Das Centrum bemüht sich um den Schein, als ob es die Dinge vorwärts führen wolle. Aber in Wahrheit führt es immer weiter zurück, immer tiefer in die Verderblichkeiten der Wasserpolitik, in der die deutsche Zukunft ertränkt werden soll.

Das Centrum hat sich gegen die Abenteuerlichkeiten der Weltmachtspolitik erklärt, doch seine feige Nachgiebigkeit vor dem Flottentwahn treibt uns mit halbdreckerischer Geschwindigkeit weiter in weltpolitische Entgleisungen. Das Centrum hat Bewahrung des arbeitenden Volks vor neuen Steuerlasten versprochen, aber es bedrückt das arbeitende Volk dreifach durch schändlichen Drotzoll.

Die „Germania“ ist freilich entsetzt, daß wir das gemeingefährlich gewordene Treiben ihrer Partei vor aller Welt, auch vor den katholischen Arbeiterwählern denunziert haben. Sie bemüht sich vermittelst eines drei Spalten langen Artikels die Zumutung zu stellen, daß nur ihre zwei Schritte vorwärts in Rechnung gestellt werden dürfen, nicht aber die drei Schritte rückwärts. Wir werden die konfuse Länge der „Germania“ sehr kurz erledigen können. Die „Germania“ greift zur Verdeckung ihrer früheren Unwahrheiten zu der neuen Unwahrheit: „Der „Vorwärts“ hat diese bestimmten Steuerprozeßion (Erhöhung der Zölle auf ausländischen Champagner und auf importierte Cigaretten, Verbrauchsteuer auf deutschen Schaumwein) seinen Lesern einfach untergeschlagen.“ Der „Vorwärts“ hat seinen Lesern ausführlich und wiederholt über die Steuer-vorschläge der Centrumsmitglieder in der Budgetkommission berichtet. Dagegen verschleierte die „Germania“ nach wie vor ihren Lesern den Inhalt unserer Kritik gegen jene Steuer-vorschläge.

Von Anfang an hat das Centrum sich nur dagegen gewendet, daß zum Flottenbau große Klei-ken aufgenommen werden sollten, wie sie die Regierungsvorlage forderte. Daß die übrigen gewaltigen Summen anders als aus den laufenden Reichseinnahmen, d. h. aus Zöllen und Verbrauchssteuern aufgebracht werden sollten, davon hat die Centrumspresse niemals ein Wort gesagt. Was man den Ertrag der Luxussteuern, die das Centrum vorschlägt, noch so hoch veranschlagen mag, man eine Ergänzungsteuer dazu nehmen, es bleibt unerfindlich, wie die kolossalen Summen, die jährlich für die Forderungen des neuen Marinegesetzes erforderlich sind, dadurch auch nur annähernd gedeckt werden sollen. Ebenso unerfindlich bleibt es, wie das Centrum den durch eine Korzoll-Erhöhung zu erwartenden Zuwachs aus den übrigen Reichseinnahmen loslösen will, so daß er von der Verwendung für Militär- und Marine-Ausgaben bewahrt ist. Nach der Regierungsvorlage werden die einmaligen Ausgaben für Schiffbau, Armierung, Werft- und Hafenbauten u. s. für die Zeit von 1901-1920, d. h. bis zur Durchführung des Flottenprogramms, 2 Milliarden 297 Millionen betragen, jährlich mithin circa 115 Millionen. Wir fragen die „Germania“, ob sie auch nur diese 115 Millionen herbeizubringen glaubt durch Champagner- und Cigarettensteuern ohne Zuanpruchnahme der laufenden Zolleinnahmen und Verbrauchssteuern, die schwer auf der unermittelten Bevölkerung lasten? Dabei sehen wir noch ganz ab von den fortdauernden Ausgaben des Marine-Etats, die von 80 Millionen im Jahre 1901 bis auf 182 Millionen im Jahr 1920 anwachsen sollen, sowie von den steigenden Erfordernissen des Pensions-etats. Wir fragen die „Germania“ ferner, ob ihre Partei gewillt ist, einer Flottenvermehrung nicht eher zuzustimmen, als bis gesetzlich festgelegt ist, daß jeder Zuwachs der Reichseinnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern über das bisherige Durchschnittsergebnis hinaus zu Gunsten der arbeitenden Klassen verwendet werden muß? Auch eine Zustimmung zu diesen Forderungen würde noch keine Befundung unserer Steuerpolitik bringen, aber immerhin würde eine weitere Verschärfung der steuerpolitischen Ungerechtigkeiten verhütet werden.

Ein ähnlich trügerisches Spiel wie in der Dedungsfrage spielt das Centrum hinsichtlich des Umfangs der Schiffsbewilligungen. In der Donnerstags-sitzung der Budgetkommission, in der die Specialberatung des Flotten-gesetzes mit § 1 (Schiffbestand) begann, suchte das Centrum durch Aufstellung verschiedener Anfragen an die Regierung den Anschein zu erwecken, als wolle es mit gründlicher Sorgsamkeit prüfen, ob und wie viele neue Schiffe erforderlich seien. Jedoch ist schon jetzt mit größter Wahrscheinlichkeit voranzuzugagen, daß die „gründliche Prüfung“, deren die Herren Müller-Bulda und Gröber sich rühnten, ausmündet in so umfangreiche Bewilligungen, wie die Regierung sie vielleicht selbst niemals sich hat träumen lassen.

Die Fragen des Centrum, ob nicht wenigstens ein Flaggschiff, sowie etwas an den Auslandskreuzern und den Materialreserven gespart werden könne, beantwortete der Staatssekretär des Reichs-Marineamts mit der prompten Erklärung: Alles, was wir fordern, ist nötig. In Herr Tirpitz machte das anfrichtige Geständnis: Bei den Auslandsschiffen haben wir nur gesprochen, was wir als das Minimum ansehen; es ist das eigentlich zu wenig; die Admirale verlangen mehr. Eine ungewöhnliche Ankündigung baldiger weiterer Kreuzerforderungen!

Nun erklärte der Wasserführer des Centrum in der Kommission, Müller-Bulda: Die Regierung habe die Notwendigkeit der

Vorlage im ganzen Umfang nicht bewiesen. Nicht im ganzen Umfang! Das Centrum will also seine Gegnerschaft gegen die Wasserpolitik durch einige Abstriche vom dem geforderten Schiffsbestand bekunden. Die Verdoppelung der Schiffsflotte, der eigentliche Inhalt der Vorlage, ihr kostspieligster und politisch gefährlichster Teil wurde in der Budgetkommission von dem Centrum redner in keiner Weise bestritten.

Durch ein nützliches Frage- und Antwortspiel in lang ausgedehnten Verhandlungen, deren scheinbarer Ernst durch zeitweilige Geheimhaltung mystisch erhöht wird, soll das nichttraulich gewordene katholische Wählervolk in den Glauben versetzt werden, als führe seine Partei einen beschwerlichen Kampf gegen die Zumutungen der Regierung und versuche das Marktnelbel durch nachdrückliche Opposition zu mindern. In Wahrheit ist dieser Kampf ein auf Täuschung berechnetes Schelmenabenteuer. Nachdem Herr Müller-Julda sich offen zum Evangelium der nationalen Verstrickungen bekannt hat, müssen die „Beschungen“, die er sich vom Reichs-Marineamt holen will, mit Notwendigkeit zu immer steigenden Bewilligungen führen. Indem das Centrum scheinbar dem weltpolitischen Marine-Widerstand bietet, wird es in Wahrheit immer williger, seinen unfruchtbarsten Kräften zu dienen.

Nachfolgend der Bericht aus der Budgetkommission:

Specialberatung der Flottenvorlage.

Die Specialberatung der Flottenvorlage begann am Donnerstag die Specialberatung der Flottenvorlage mit § 1, welcher lautet:

1. Der in dem Gesetz betreffend die deutsche Flotte, vom 10. April 1898 festgesetzte Schiffsbestand wird vermehrt um:

a) verwendungsbereit:

- 1 Flottenflaggschiff,
- 2 Geschwader zu je 8 Linien Schiffen,
- 2 große Kreuzer als Aufklärungs- und Schiffsflotte;
- 8 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst;
- 5 große Kreuzer für den Auslandsdienst;
- 5 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst;

b) als Materialreserve:

- 2 Linien Schiffe,
- 1 großer Kreuzer für den Auslandsdienst;
- 2 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst;

vermindert um:

2 Divisionen zu je 4 Rüstpanzerschiffen.

2. Auf diese Vermehrung kommen die 8 Rüstpanzerschiffe bis zu ihrem Ertrag als Linien Schiffe in Anrechnung.

Abg. Müller-Julda (C.) hat dazu folgende Fragen an die Regierung gerichtet:

1. Wodurch erklärt sich die Notwendigkeit einer doppelten Schiffsflotte?

Könnte die Absicht der verbündeten Regierungen nicht auch dadurch erreicht werden, daß die bestehende Schiffsflotte unter Beibehaltung der jetzigen Zahl von Aufklärungs Kreuzern und eines Flottenflaggschiffs zunächst eine Vermehrung um 8 Linien Schiffe erfährt und später die 8 Rüstpanzer durch weitere 8 Linien Schiffe ersetzt werden?

2. Ist die Geschwaderstärke von 8 Linien Schiffen unbedingt erforderlich oder könnte auch die in der französischen Marine übliche Stärke von 6 Linien Schiffen pro Geschwader, event. wenigstens für die Reserve-Schlachtsflotte genügen?

3. Welche Gründe werden für die gesetzliche Festlegung der Materialreserve geltend gemacht; weshalb kann solche nicht der jährlichen Festlegung durch den Etat vorbehalten bleiben?

Der erste Teil der Beratung über Frage 1 und 2, die taktische und strategische Aufgaben der Flotte behandelte, soll geheim gehalten werden. Staatssekretär Tirpitz suchte darzulegen, daß die im Gesetz vorgeschlagene Formation der Schiffsflotte sowie die Vermehrung der Kreuzer notwendig sei. Graf zu Stolberg erklärte: Wir haben keine Sachkenntnis in Marinefragen; wir müssen glauben, was der Staatssekretär uns vorträgt.

Abg. Webel bestritt die Veranlassung zur Geheimhaltung der politischen Momente, die vorgebracht wurden. Auch seien ja diese Dinge durchgängig in der Öffentlichkeit schon bekannt. Es sei merkwürdig, wenn die Flottenfreunde England zur Begründung der Vorlage mit in Betracht zögen, während doch Ausrüstungen des Kaisers bekannt geworden sind, die beweisen, daß an ernsthaften Konflikten mit England nicht zu denken sei, da zu große gemeinsame Interessen zwischen beiden Ländern bestehen. In einem etwaigen Krieg aber gegen Frankreich und Ausland liege die Entscheidung auf dem Land und die Schlachtsflotte sei dazu hinreichend stark.

Abg. Müller-Julda (C.): Gegenüber Frankreich und Ausland sind wir zur See nicht stark genug. Das sozialdemokratische Ministerium in Frankreich (Heiterkeit) hat große Marineforderungen an das Parlament gestellt. Die Herren hier aber wollen nichts bewilligen. Dabei geht in Frankreich die Vollvertretung noch weiter als die Regierung. Herr Lodyon — ich glaube, er ist ein Freisinniger (Heiterkeit) — will aber noch viel mehr Schiffe bewilligen. Da sollen wir beim alten Zustand bleiben? Herr Webel möchte doch einmal mit seinem Genossen Müller-Julda sprechen, wie der darüber denkt? Absolut negativ kann man sich nicht verhalten. Man muß prüfen, was nötig ist gegenüber den Rüstungen anderer Länder. Wenn bewilligen wir nicht, aber wenn die anderen Länder rüsten, dann können wir und nicht herandrücken, sondern müssen wenigstens das Nötigste bewilligen.

Abg. Webel: Wenn Frankreich große Marinekosten tragen will, so ist das seine Sache. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Lasten gerade auch in Frankreich so enorm geworden sind, daß ein Ende mit Schreden nicht ausbleiben kann. Wir müssen uns nach unseren eigenen Verhältnissen richten. Wenn Abg. Müller darauf hinweist, daß ein Socialdemokrat in der französischen Regierung sitzt, so können wir doch nicht verantwortlich gemacht werden für das, was Ministerand thut. Dürften wir ein Urteil abgeben wollen, wir hätten ihm abgeraten, in das Ministerium einzutreten. Auch unsere Parteigenossen in Frankreich haben dagegen Widerspruch erhoben und sind noch heute nicht einverstanden. Es ist aber nicht richtig, daß in Frankreich alle Parteien für die militärischen Rüstungen eintreten. Die Socialdemokratie hat dort entschiedene Opposition gegen die Militärausgaben innegehalten und auch gegen den Etat im ganzen gestimmt, wie wir hier. Abg. Müller hat mit solcher Lebhaftigkeit auf die Rüstungen Frankreichs hingewiesen und so eindringlich erklärt, daß könnten wir nicht zurückbleiben, daß es scheint, als sei er in seinem innersten Herzen durchaus für die Vorlage. Ja, wozu dann noch das viele Fragenstellen? (Heiterkeit). Das ist dann nur ein Frage- und Antwortspiel, das schließlich mit der Bewilligung der Regierungsforderungen endigt! Abg. Müller meint, es werde in allen Staaten gerüstet, also müßten wir auch rüsten. Das Schlimme aber ist: Wir gehen den anderen mit üblem Beispiel voraus. Das Centrum hat sich früher bemüht, den Rüstungen einigermassen entgegenzutreten, jetzt ist es zu einer „besseren Erkenntnis“ gelangt. Wir halten an unserem alten Standpunkt fest.

Staatssekretär Tirpitz: Herr Webel ist im Irrtum, nicht unser Vorgehen hat Frankreich zu seinen jetzigen Rüstungen veranlaßt; diese sind vielmehr gegen England gerichtet.

Abg. Richter: Was in Frankreich irgendwelche Parteien wollen, ist ganz unsicher und unbegreiflich. Der Gesetzentwurf der französischen Regierung ist aber bescheiden gegen die bei uns gestellten Forderungen. Er reicht bis 1907 und will im ganzen die französische Schlachtsflotte auf 28 Linien Schiffe bringen, das sind zehn weniger als unsere Flottenmodelle fordern.

Abg. Müller: Wir thun doch noch viel weniger als die Franzosen. Denn es ist ja nur ein Plan, der uns vorliegt. Eigentlich bewilligen wir gar nichts, wenn wir ihm zustimmen würden. Das Centrum ist nicht bewilligungslustiger geworden. Wir bewilligen nur, was wirklich nötig ist. Die Fragen, die wir stellen, sind nötig, damit wir erkennen, was wirklich nötig ist. Bisher sind uns die Beweise für die Notwendigkeit der Vorlage

im ganzen Umfang noch nicht erbracht worden, wir werden kaum alles bewilligen. Wir sagen nicht einfach Ja oder Nein. Wir prüfen gründlich und lassen uns auch belehren.

Staatssekretär Tirpitz betont, daß die 23 französischen Schiffe aber nur durchaus moderne Schiffe sind, während bei uns auch ältere Typen eingezählt bleiben.

Damit ist die Beratung der ersten beiden vom Abg. Müller gestellten Fragen geschlossen. Es folgt die Diskussion über die dritte Frage, betr. die Gründe für die gesetzliche Festlegung der Materialreserve.

Abg. Müller-Julda hält die geforderte Materialreserve für den Auslandsdienst für zu weitgehend. — Abg. Gröber (C.) ist der Ansicht, daß man ältere Schiffe als Reserve benutzen könne, wie es die Franzosen thun. — Abg. Graf Arnim (Rp.): Die Bedeutung der Auslandschiffe sei eine große. Die Repräsentanten unserer Macht, welche dem Reich Respekt verschaffen. — Abg. Müller-Julda: Eine Verstärkung der Auslandsflotte sei nicht nötig. Der wirtschaftliche Abzug im Ausland hänge nicht von den Kriegsschiffen ab, sondern von der Tüchtigkeit unserer Fabrikanten und Kaufleute. Von der Erschließung Chinas erwarte er keine großen Vorteile, er befürchte, daß der Nutzen nicht die Unkosten decken werde. Abg. Frese (fr. Vg.) ist in der Berufung Chinas anderer Ansicht. Wir haben dort eine ausgedehnte Zukunft und es seien dort bedeutende Werte zu schätzen.

Abg. Prinz Arenberg (C.) hält im Gegensatz zu seinem Fraktionsgenossen Müller-Julda die Bedeutung der Auslandschiffe für sehr groß. Staatssekretär Tirpitz weist auf die zahlreichen Besuche von Deutschen im Auslande hin, welche um die Inszenierung von Schiffen bitten.

Abg. Müller-Julda: Er sei ganz einverstanden mit dem von neuer Auslandschiffe, wenn die Deutschen im Ausland zu den Unkosten beitragen wollten. Bis jetzt zahlen sie aber gar nichts. In Bezug auf die Entwicklung von Kourtschou sei er sehr pessimistisch, dieselbe sei durch belagerte Konzeptionen bedroht. Staatssekretär Tirpitz bezieht, daß die belagerten Eisenbahnkonzeptionen unsere Interessen bedrohen. Abg. Frese hält eine besondere Besteuerung der Deutschen im Auslande zu Gunsten der deutschen Flotte nicht für richtig.

Abg. Dr. Paffe (natl.) ist derselben Ansicht. Für die Deutschen im Auslande sei aber das Erwerben eines deutschen Schiffes von hohem Wert und erhöhe die Macht der deutschen Konsole. Abg. Müller-Julda: Es sei ein Unrecht, daß der deutsche Bauer die Unkosten für die Kriegsschiffe zu Gunsten der wohlhabenden Deutschen im Auslande bezahlen sollte. Diese müßten durchaus zu den Kosten beitragen. Abg. v. Kardorff: Keine andre Nation bestimme ihre Angehörigen im Auslande. Wegen des Einbruchs, den es im Auslande machen würde, müßte er es auf tiefe Bedauern, wenn man auch nur einen Posten der Regierungsvorlage ablehnen wollte.

Die Beratung wird darauf bis Freitagvormittag vertagt. Eventuell soll die provisorische Abstimmung über § 1 erfolgen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. April.

Der Reichstag

erlebte in seiner Mittwoch-Sitzung zunächst den Urheberrechtsvertrag mit Oesterreich-Ungarn ohne nennenswerte Debatte in dritter Lesung. Etwas lebhafter gestaltete sich die Beratung der Etats-Resolution Rembold, die eine Revision und den Ausbau der gesetzlichen Bestimmungen zur Abwehr der Maul- und Klauenseuche fordert. Die Maul- und Klauenseuche ist eine furchtbare Seuche für die ehrliche Landwirtschaft, aber ein wahrer Segen für die agrarischen Geschäftspolitiker. Ist es doch die Maul- und Klauenseuche, die unsere Junkern dazu verholten hat, ihr gutes Herz für den Magen und die Gesundheit des Volks zu entdecken, und aus lauter Liebe zu den seuchenbedrohten Mitmenschen Grenzsperrern zu veranlassen, durch welche nur ganz zufällig die Fleischpreise wucherhaft in die Höhe getrieben und die menschenfreundlichen, außerzigen Junker um viele Millionen alljährlich bereichert worden. Natürlich entfesselte diese Resolution die ganze Gutherzigkeit der Junker, die sich allerdings, da die böse Welt es liebt das Strahlende zu schwärzen, um schwarzer Verleumdung zu entgehen, etwas mähigen mußten. Nach anderthalbstündigem Irralieren wurde die Resolution, soweit sie eine agrarische Spitze zu betonen schien, verworfen.

Von den Berichten der Petitionskommissionen, die auf der Tagesordnung waren, wurden die ersten fünf ohne Debatte im Sinne der Anträge erledigt. Anlaß zu einer längeren, zum Teil dramatisch sich abspielenden Debatte gab aber der sechste Bericht über Petitionen betreffend die Einführung eines Normalarbeitstags in der Textil-Industrie. Die Kommission hatte „Ueberweisung als Material“, beantragt. Das genügt uns jedoch nicht und Genosse Fischer, der die Debatte mit einer kräftigen Rede zu Gunsten des Normalarbeitstags eröffnete, und von den Genossen Vaudert und Stolle unterstützt wurde, stellte den Antrag, der Reichsregierung die Petitionen zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Antrag wurde jedoch, was bezeichnend ist, von keiner andern Partei des Reichstags unterstützt. Die Wirtingen langer Arbeitszeit, der niedrigen Löhne, der ungesunden Arbeitsräume: — der dadurch herbeigeführte körperliche und moralische Ruin, — die Thatsache, daß unsere Industrie nach dem Zeugnis ihrer berufensten Vertreter den zehnjährigen Normalarbeitstag ohne Schädigung einführen kann, die fernere statistisch feststehende Thatsache, daß die Industrie gerade in den Ländern mit kürzester Arbeitszeit und höchsten Löhnen auf der höchsten Stufe steht — das alles wurde von unseren Genossen eingehend und einbezüglich dargelegt. Und Genosse Fischer namentlich benutzte die Gelegenheit, um die traurige Haltung der Reichsregierung und der kapitalistischen Parteien, insbesondere des Centrum zu beleuchten und zu geißeln. Die Angriffe auf das Centrum bestimmten einige Mitglieder desselben, Herrn Kaplan Döhe, den patentierten Centrum-„Socialisten“ aus dem preussischen Landtag herbeizutelephonieren. Das Redezeugel, das nun zwischen Herrn Döhe, der einmal sagte, daß sein Name nicht allzusehr gegen seine Natur verstößt, und dem impulsiven Genossen Fischer wurde mit großer Hartnäckigkeit ausgefochten. Beide Redner ergriffen je fünfmal, was im Reichstag wohl noch nicht da war, das Wort; Herr Döhe, der sich ein zweites Curtius Rufus, für seine Partei in den Abgrund stürzte, bestritt zwar das letzte Wort, aber nicht Recht. Daß das Centrum ihn als socialen Ladvogel benutzt, den es nach Bedarf rüchichtslos verleugnet, und daß es auf dem Gebiet der Socialreform sich in Widersprüchen bewegt — worum sich der Streit drehte — das kann und wird man dokumentarisch nachweisen.

Morgen eine Wein-Interpellation und Fortsetzung der heutigen Tagesordnung, auf der auch eine Petition für den Achtstundentag der Bergarbeiter steht. —

Deutsches Reich.

die Zwangsverziehung Minderjähriger. Die Debatte über dieses so wichtige socialpolitische Gesetz bewegte sich auch in diesem Hause auf dem denkbar tiefsten Niveau. Alle Redner ohne Ausnahme erklärten sich mit der Tendenz des Entwurfs einverstanden, nicht ein einziger, hielt es für angebracht, die Ursachen der Zunahme des jugendlichen Verbrechertums zu untersuchen und an der Hand dieser Ursachen den Nachweis zu erbringen, daß man Schäden, die aus socialen Verhältnissen entspringen, nicht durch Polizeigesetze beseitigen kann. Polizeiknüppel und Gebet sind nach Ansicht des Ministers des Innern das beste Mittel, die Jugend zu erziehen. Ein wie herrliches Geschlecht wird erst heranwachsen, wenn das Ideal des Herrn v. Rheinbaben erfüllt ist und die aus den Anstalten entlassenen jugendlichen Personen unmittelbar von der einen Zwangsverziehung der andern, nämlich der in der Armee, überwiesen werden! Wenn die jungen Leute dann noch keine Stützen des Staats werden, dann ist die Regierung nicht schuld daran; sie wird sich damit trösten, daß sie alles versucht hat, was in ihren Kräften steht.

Das größte Bedenken, dem die Vorlage bei den National-Liberalen und den Freisinnigen begegnete, besteht in dem Beschluß des Herrenhauses, daß die Jüglinge auch in Ausrüstungsanstalten untergebracht werden können. Selbst die Freikonservativen erklärten sich mit dieser Bestimmung nicht einverstanden. Um so leichter setzte sich der Minister des Innern darüber hinweg, indem er bemerkte, er bedauere zwar den Beschluß des Herrenhauses, andererseits aber seien genügend Kaufleute dafür gegeben, daß die Jüglinge nicht mit Korrigenden in Verührung kommen; ferner würden sich dadurch auch die Kosten erheblich verringern. Ueberhaupt spielte die Kostenfrage in der heutigen Debatte eine große Rolle. Die Konservativen drohten sogar, das ganze Gesetz scheitern zu lassen, wenn den Provinzen neue Lasten aufgebürdet würden. Wir wären die letzten, die der Vorlage eine Thräne nachweinten, aber charakteristisch ist es doch, daß dieselben Herren, die fort und fort über die Verrohung der Jugend jammern, ein Gesetz, das ihrer Ueberzeugung nach geeignet ist, der Verrohung Einhalt zu thun, wegen der lumpigen Summe von einigen Hunderttausend Mark ablehnen wollen.

Die Bedenken des Centrum richteten sich gegen andere Punkte der Vorlage. Vor allem liegt den frommen Herren daran, daß die Erziehung der Jüglinge eine konfessionelle ist. Der Minister versprach auch, die Vorlage im Sinn des Centrum umzumodeln. Warum soll er den Herren nicht in einer solchen Kleinigkeit entgegenkommen? Das Centrum wird sich dafür bei einer andern Gelegenheit, wo die Regierung auf sein Wohlwollen angewiesen ist, dankbar erweisen.

Die Debatte endete mit der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Am Freitag stehen keine Vorlagen auf der Tagesordnung. —

Dr. Osterer, der sich während der Heine-Debatte ganz als Centrumsmann gefühlt hatte, fühlte sich jetzt ganz als Gemäßigter. Die beabsichtigte Zulassung der Realgymnasial-Abiturienten werde das ganze höhere Schulwesen umwälzen. Dem „Los von Rom“ werde das „Los von Griechenland“ folgen. Man werde die Realgymnasial-Abiturienten konsequenterweise auch zum juristischen Studium zulassen müssen. Die humanistische Bildung aber sei für den Juristen durch nichts zu ersetzen. (Auch nicht, teilweise wenigstens, durch socialpolitische Studien?) Es würde ein nationales Unglück werden, wenn die humanistischen Grundlagen, so wie sie jetzt maßgebend sind, beeinträchtigt würden. Nicht niederdrücken dürfen wir das allgemeine, auf die Humanität aufgebauete Leben, sondern heben müssen wir es. Wir sind nicht weniger als Verächter der humanistischen Bildung — aber ein Heine-Gardisi als Lobpreis und Verteidiger derselben, das beweist doch, wie wenig vielfach hinter den Resultaten jener Erziehungsmethode steht, die man als humanistische bezeichnet.

Der Herr Gymnasialdirektor schimpfte vollends wieder zum Centrumler zusammen, indem er gegen die Zulassung der Frauen zum medizinischen Studium eiferte. Das schablonenhafte Hineindrängen der Mädchen in alle möglichen Berufe könne nur zur Niederlage der Mädchen und Frauen führen. Die Zulassung der Frauen zu den Gelehrtenberufen würde zu der Gleichstellung der Frauen und der Männer in den politischen Fragen, zur Zuweisung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen führen, da seien wir bald am Ende. Er habe das Vertrauen zu den Ärzten, daß sie sich nicht unziemlich gegen die Patientinnen betragen. Man solle die Erwerbsfähigkeit der Frauen heben, aber nicht in der Richtung der Gelehrtenberufe, denn das würde zum Schanden der Frauen ausschlagen.

Die Frauen dürfen also Telephonistinnen oder Hebammen werden, schließlich auch Marktlieden und Ambrosiaden verbreiten, aber unter keinen Umständen studieren.

Daß Herr Dr. Osterer zum Schluß noch gegen den Kult des Athetismus an den Hochschulen eiferte und docierte, daß dem Volk, Inflation der akademischen Lehrer, die Religion erhalten werden müsse, ergänzte hübsch das Charakterbild dieses sonderbaren Humanisten.

Eine kaiserliche Sympathie Kundgebung für England. Dr. Koch, der Präsident des Reichsbank-Direktoriums, hat am 23. d. M. die Mitglieder der ersten Bank- und Bankeinstitute zu sich gebeten, um ihnen mitzuteilen, daß der Kaiser eine Sympathie Kundgebung zu Gunsten der Engländer zu veranstalten wünsche, nämlich in einer sonst niemanden verletzenden Form. Koch teilte ferner mit, daß an höchster Stelle entschieden worden sei, einen Beweis der Sympathie für die Engländer dadurch zu erbringen, daß eine Sammlung für die von der Hungersnot heimgeführten Juden veranstaltet werde. Um ihre Mitwirkung zu sichern, habe er, so sagte Dr. Koch, die Herren zu sich gebeten.

Die Banken haben sich denn auch bereits an dieser Kundgebung beteiligt. Wer denkt noch heute an jenes kaiserliche Telegramm an Ohm Krüger?

Konservative Beamtenfreundschaft. Man schreibt uns aus Dresden, 26. April: In der Zweiten Kammer des Landtags wurde heute unter überaus zahlreicher Beteiligung der Beamenschaft, die die Tribüne bis zum Erdrücken füllte, die Regierungsvorlage über die Wohnungsgeld-Rücklässe ohne allzu große Feierlichkeit von den vereinigten Konservativen und Nationalliberalen zu Grabe getragen. Die Konservativen verlangten, die Regierung solle ihre Vorlage einfach zurückziehen. Man könne nicht 6 Millionen Mehrausgaben betreiben, ohne die nötige Deckung dafür zu haben. Nachdem Genosse Frähdorf sich mit dem Wohnungsausschuß an die Beamten bis zu 4000 M. Gehalt einmischen ließ, ihn für die höheren Gehaltsklassen aber abgelehnt und sich insbesondere gegen die allgemeinen Zuschläge zur Einkommensteuer gewendet hatte, nachdem er ferner auf die Vermögenssteuer als Deckungsmittel hingewiesen, den konservativen Antrag als Verschleppung bezeichnet und sich für Verweisung an eine Zwischenkommission erklärt hatte, erwiderte der Minister v. Bagdors, daß die Regierung ihre Vorlage zwar nicht zurückziehen, bei Ablehnung derselben aber sie im nächsten Landtage einbringen werde. Der Antrag der Konservativen auf runde Ablehnung der Vorlage für die laufende Periode wurde gegen die vier Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Von den anwesenden Beamten wurde dieses Resultat mit größtem Mißvergnügen aufgenommen.

Ausland.

Schweiz.

St. Gallen, 24. April. (Fig. Ver.) In unserem Kanton fanden am letzten Sonntag die Kantonsratswahlen statt, wobei die vereinigten Sozialisten und Demokraten zwei neue Siege eroberten, während sie mit weiteren sechs Kandidaten in der Stichwahl stehen. Die Stadt St. Gallen bewährte sich abermals als die Hochburg der Liberalen, die die Vergewaltigung der Minderheiten weiter betreiben. Von 18 Kantonsratsmitgliedern haben die Liberalen mit 2400 Stimmen 15, die Sozialisten und Demokraten mit 1200 Stimmen drei und die Katholiken mit 800 Stimmen gar keinen. Natürlich sind die St. Galler Liberalen Gegner jeder Proportionalwahl. Hoffentlich wird auch ihre Herrschaft gebrochen werden.

Belgien.

Wanderbelde über die Kongoreise. Die Debatten über die fürchtbaren Anschreitungen der Offiziere und Beamten der Antwerpener Handelsgesellschaft im belgischen Repräsentantenhaus sind durch den energischen Eingreifen des sozialistischen Kammermitglieds Wanderbelde nicht so lang und langweilig beendet worden, wie das die Rechte beabsichtigte. Der Minister des Auswärtigen de Favereau beschloß zwar angesichts der entsetzlichen Schändereien noch die Strafen, sich der Kongoreise anzunehmen, und der Kriegsminister trieb den blutigen Hohn gar so weit, daß er den mutigen belgischen Offizieren, die am Kongo das Werk der Zivilisation verfolgten, eine Lobeshymne sang; als aber der Herzog von Ursel, der Vervalter der Kongo-Eisenbahn, zu der Proklamation der Linken gar soweit ging, den belgischen König als den Wohlthäter Afrikas zu feiern, da konnte die vernünftige Antwort der öffentlichen Äußerung nicht länger ausbleiben. Genosse Wanderbelde erwarb sich das Verdienst, offen anzusprechen, wie das Volk über das afrikanische Kulturwerk und seine Aktionäre denkt. Der „Volk. Zig.“ schildert Art, Inhalt und Eindruck der Rede ihr Brieflicher Berichterstatter wie folgt:

Die Sache nahm ein andres Aussehen, als der beredete sozialistische Abgeordnete Wanderbelde maßvoll, aber doch energisch eine wahre Anklagerede gegen das ganze Kongo-Unternehmen und gegen das in Kraft stehende Ausbeutungssystem am Kongo hielt.

Die nach dem Kongo gehenden Offiziere und Beamten — sagte Wanderbelde — sind meist tief verfauldet, in bedrängter Lage; sie wollen sich am Kongo neue Mittel schaffen und sind schlecht zur Fortführung eines zivilisatorischen Werkes geeignet. Alle farbigen müssen Summi liefern; man zwingt sie unter verwerflichen Mitteln zu dieser Arbeit. Dazu müssen sie Abgaben in Eisenblei und Gummi entrichten; auch die Handelsgesellschaften können ihre Steuern an den Staat in Naturerzeugnissen bezahlen, und zwar wird dabei das Kilogramm Summi mit 0,25 Frank berechnet. Sichtlich, Leopold II., der große Zivilisator, hat in betref der Behandlung der farbigen schöne Worte gesprochen, aber er ist darum nicht minder einer der größten Eisenblei- und Gummihändler der Welt, und die Antwerpener Gesellschaft, die von allen Seiten jetzt angegriffen wird, ist ganz einfach der König der Belgier. Der König besitzt am Kongo eine ungeheure Privatdomäne, deren Ertragnisse nicht in die Staatskasse abgeführt werden und deren Millionen dazu dienen, um dem König die Vorrechte, die er für

das koloniale Unternehmen geleistet hatte, wieder einzubringen. Belgien zahlt jährlich zwei Millionen Frank, der König eine Million Frank, um den Heilbetrag des kongoleischen Staatshaushalts zu decken, aber der König gewinnt Millionen aus der Privatdomäne. Alle Offiziere und Agenten erhalten Prämien nach dem Ergebnisse der Ausbeutung; sie haben also ein Interesse daran, die farbigen roh zu behandeln. Man hat den Kongogummi den „roten“ Gummi genannt, weil ein belgischer Offizier, der Handelsvertreter geworden ist, gesagt hat: „Ich habe hier 25 000 Watronen; sie stellen 25 000 Kilogramm Gummi dar“. Und er hat Wort gehalten! Und da schwanken Sie noch, ob Sie eine Untersuchung anstellen sollen! Selbst die Anhänger der kolonialen Politik müssen doch wünschen, daß über die schrecklichen Anklagen Licht verbreitet wird. Kein Volk kann Belgien tadeln, denn die Deutschen, die Franzosen und Engländer haben es nicht anders gemacht. Wir sprechen offen, denn die menschliche Solidarität verbindet uns ebenso sehr mit den farbigen wie mit den weißen Arbeitern.“

Die Rede machte einen so mächtigen Eindruck, daß die Kammer diese Verhandlungen fortzuführen beschloß.

Bei der am Donnerstag fortgesetzten Erörterung der Interpellation über die am Kongostaat begangenen Gräueltaten nimmt der Minister des Auswärtigen, de Favereau, das Wort zur Erwiderung auf die Ausführungen des Deputierten Vanderbelde und erklärt, der Kongostaat mische sich in keiner Weise in die Angelegenheit der Ernennung von Agenten von Privatgesellschaften oder in deren Leitung ein. Der unabhängige Kongostaat habe das Recht, den „Ächten“ zu erheben; er habe denselben bisher jedoch nicht eingefordert. Der Minister erklärt die Behauptungen Vanderbeldes für unwahr und betont mit Entschiedenheit, daß der König der Belgier nicht eine einzige Aktie von Handelsgesellschaften, welche die Ausbeutung des Kongos betreiben, besitze. Es sei ferner unzutreffend, von einer privaten Kongo-Domäne zu sprechen, die dem König gehöre. Es handle sich dabei um Eigentum des Kongostaats.

Der Deputierte Porand führt aus, die Antwort der Regierung sei lässlich. Porand kommt auf die von der „Kölnischen Zeitung“ gegen den Major Flevisch erhobenen Anklagen zurück, welcher zugegeben habe, daß schwarze Soldaten ihren Feinden die Hand abschnitten. Redner fordert entsprechende Maßnahmen und bringt eine Tagesordnung ein, welche besagt: Die Kammer erwartet Ausführungen über die im Kongostaat im Bezirk Wangaia begangenen Schrecklichkeiten und geht zur Tagesordnung über.

Woeste erklärt, diese Tagesordnung sei eine Beleidigung für den Kongostaat und verlangt einfache Tagesordnung.

Die einfache Tagesordnung wird mit 68 gegen 25 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Italien.

Zur Sonntagswahl in Mailand haben wir noch nachzutragen, daß Genosse Ettore Cicotti mit 1835 Stimmen zum Abgeordneten gewählt worden ist. Die Bedeutung der Wahl wird dadurch erhöht, daß die vereinigten Reaktionsäre nicht einmal dazu gelangt waren, einen Gegenkandidaten aufzustellen. Sie haben damit tatsächlich anerkannt, daß Mailand, die politische Hauptstadt Italiens, der Sozialdemokratie gehört.

Neben der Person Cicottis wird uns mitgeteilt, daß er in Potenza (Süditalien) geboren, sich der Gelehrtenlaufbahn widmete und mit vieler Auszeichnung ein Lehramt an der Universität Pavia bekleidete, dessen er aber von der Regierung entbunden ward. Auch an der Universität Rom wurde ihm nicht erlaubt, Vorlesungen zu halten. Man sieht, die italienische Regierung bedurfte nicht erst des Falls Kronos, um einzusehen, daß ein reaktionäres Regierungssystem sich mit der freien Wissenschaft nicht verträgt.

Und das zwei Jahre nach der insamen Mezelei, welche die Regierung, um den Staat und die Gesellschaft zu retten, in Mailand veranstaltet hatte!

Spanien.

Die „begnadigten“ Anarchisten von Barcelona sind dieser Tage aus ihren Holzzerren auf der Weste Montjuich in das Gefängnis von Barcelona gebracht worden, wo sie mit Vagen ihren weiteren Schicksal entgegensehen. Die maßlosen Opfer der spanischen „Justiz“ sollen demnächst in die Verbannung gehen, aber noch weiß kein Mensch, wohin man sie bringen wird. Frankreich soll es entschieden abgelehnt haben, den aus Spanien ausgewiesenen Männern gollfreie Aufnahme zu gewähren! Der Ministerpräsident Sälvea soll jetzt die Absicht haben, die Begnadigten so rasch als möglich nach Liverpool, Genua und Kairo einzuschiffen. Es heißt, daß selbst die sonst so vorsichtige italienische Regierung gegen die Einwanderung dieser spanischen Anarchisten nichts einzuwenden habe.

Ungarn.

Aus der Aktion der Mächte gegen China dürfte vorläufig nichts werden. Die Nachricht von dem Einbruch unter den Christen hat sich als Schwindel entpuppt. Die Regierungen sollen allerdings einen Anariff verurteilt, dabei selbst aber 70 Tote (??) verloren haben. Telegramme aus London melden demnach, daß die Befehle einer Flottenumgebung auf der Höhe von Tschu vorläufig vorüber sei, da das Zingulianen zu der Einsicht gelangt sei, daß die Drohungen der Mächte nicht bloße Redensarten gewesen seien. Die Vertreter der Mächte hätten demgemäß beschlossen, zunächst erst einmal eine abwartende Stellung zu beobachten. Die Mächte waren sich indes darüber einig, sofort energische Maßregeln zu ergreifen, sobald sich wieder ernstere Störungen bemerkbar machten.

China steht also nach wie vor unter der Vollzucht der Mächte. Daß diesmal die gepanzerte Faust nicht dringefahren ist, wird trotz der Vereinerung der Einigkeit der Mächte wohl vornehmlich daran gelegen haben, daß man sich noch nicht recht über die Teilung der Beute einig werden konnte.

Ueber die Hungersnot in Indien veröffentlicht in der „Neuen Zeit“ unter englischer Übersetzung ein gemauertes Kommer der indischen Verhältnisse, eines äußerst instruktiven Artikel, aus dessen Inhalt wir folgendes wiedergeben wollen:

Die jetzige Hungersnot, die der letzten vor drei Jahren auf dem Fuß gefolgt ist, ist die größte derartige Heimsuchung, die dem periodisch von Hungersnöten betroffenen Indien bis jetzt widerfahren ist. Lord Curzon, der Vizekönig, nannte sie in einem Anruf zur Sammlung bei Pilschloß. Schon jetzt empfangen nicht weniger als 5 Millionen Menschen Unterstützung, die Zahl der Hungernden überhaupt beträgt jedoch nach der Angabe des Vizekönigs nicht weniger als 61 Millionen. Millionen werden infolge der ganz unzulänglichen Unterstützung Hungers sterben, die Hebelbeiden aber gehen infolge des massenhaften Sterbens des Viehs und der daraus resultierenden Unmöglichkeit, ihre armseligen Landskinder zu bestücken, einer weiteren Hungersnot entgegen.

Die Hungersnöte sind unter dem englischen Regime häufiger und verderblicher geworden, da die Bevölkerung unter dem einheimischen Regiment in höherem Wohlstand lebte und über größere Ressourcen verfügte. Unter der britischen Herrschaft sieht ein großer Teil der Produktionsertrags beständig nach England ab, ohne daß eine Maßvergrößerung stattfände. 1879 wurde zwar ein Versicherungsfonds gegründet, für den jährlich eine Extrasteuer bis zum Betrage von 1 1/2 Millionen Pfund erhoben wurde, allein bald legte die Liberalpartei Beschlag auf denselben und verbrauchte den größten Teil für Grenztrüge.

Eingehend belenchtet Hyndman die Ursache der periodisch auftretenden Hungersnöte. Derselbe besetzt darin, daß England aus einer Bevölkerung von 250 Millionen, die jährlich nur einen Totalwert von 850 Millionen Pfund (7 Milliarden Mark) produziert (pro Familie also 7 Pfund = 140 Mark), jährlich nicht weniger als 61–62 Millionen Pfund Sterling an Staatsentnahmen herausbringt, die zum großen Teil — wie schon bemerkt, ohne Rückvergütung — nach England fließen. Die Summe, um die sich England jährlich an Indien bereichert, schätzt Hyndman auf

30 Millionen Pfund Sterling (600 Millionen Mark). In den letzten zwanzig Jahren seien aus Indien zehn Milliarden Mark für England herausgepreßt worden. Kein Wunder, daß durch diese Kolonialwirtschaft Indien ruiniert worden sei und immer mehr verarme. Selbst in dem heurigen Hungerjahre zieht man 16 Millionen Pfund Sterling aus Indien heraus, um dann 300 000 Pfund Sterling als barmherzige Gabe wieder zurückzuschicken!

Daß das Unterhaus es kürzlich ablehnte, eine Untersuchung über die Ursachen der indischen Hungersnot anzustellen, ist nach dieser Darstellung nur zu verständlich. Die Brutalität des modernen Imperialismus wird durch keinerlei moralische Bedenken in der Tätigkeit des Zusammenfassens geführt werden. „Britisch-Indien“, schreibt Hyndman, „bildet einen vortrefflichen Jagdgrund für Politiker, ein Feld für die Karriere von Söhnen der begabigen Bourgeoisie und ein Anlagegebiet für überschüssiges Kapital. Man erhält dort, wenn man einigen Einfluß hat, noch viel schönere Gehälter und Profite, als daheim in England.“

Amerika.

Im steoplo chass der Marinereisungen will Amerika beweisen, daß der Weltmachtsohler keineswegs, wie man anzunehmen versucht sein konnte, ein furor teutonico, eine spezifisch germanische Krankheit ist. Die Marine-Ausgaben Nordamerikas, die 1891 etwa 23 Millionen Dollar betragen, sollen im laufenden Fiskaljahr auf nicht weniger als 61 Millionen Dollar erhöht werden. Frey dieser enormen Steigerung der Marineausgaben hofft man in den imperialistischen Kreisen Amerikas, daß die Vorlage, über welche sich der Marine-Ausschuß des Repräsentantenhauses kürzlich schloß, glücklich geworden ist, von der Volksvertretung nach dem patriotischen Instinkt anderer Volksvertretungen angenommen werden wird, ohne daß man sich Sorgen wegen der Bedeckungsfrage machen wird!

Nach der „New Yorker Handels-Zig.“ ist seit dem spanisch-amerikanischen Krieg gloriereicher Angedenken die Flottenbegeisterung in amerikanischen Kreisen derart gestiegen, daß seit dem Tage von Manila die Kriegsmarine irgend welche Summe bewilligt erhalten können. Bei Licht besehen ist es zwar mit der „Ausgleichung“, mit der die Marine sich das Herz des amerikanischen Volks erworben haben soll, gar nicht so weit her, da die spanischen Schiffe ihres meist ehrwürdigen Alters und ihrer erbärmlichen Ausbeutung wegen die leichte Beute der überlegenen, modernen Flotte der Amerikaner werden mußten; allein der chauvinistische Zammel entsetzt sich auch genugsam an den bescheidenen Anfängen, was ja auch der jingoistische Jubel über die Befehlsmahne Cronjes beweisen hat.

Es ist traurig, daß auch der republikanische Staatenbund jenseits des Ozeans, der freilich einstweilen nur das Schlachtfeld für das Ausleben des rüdesten Kapitalismus darstellt, mit Volkstump in die grauen Nebel der Weltpolitik hinaussteuert. Denn auch für die Imperialisten Amerikas gilt es als Axiom, daß die Ausbreitung des Handelskolonialismus beding, weils letzterer wieder „bei der Eventualität der kriegerischen Verteidigung“ eine Ausdehnung der Seemacht erheische. Und dann hat man ja ein so nabeliegenes Argument. Die Flottenvermehrung „erscheint uns so dringlicher, als auch andre Nationen und zwar besonders solche, deren Flotten bisher mit der unsrigen auf ziemlich derselben Stufe rangierten, ähnliche Aufstrengungen machen. So sieht auch der neue Flottenplan des deutschen Kaisers in intimer Beziehung zu der amerikanischen Vorlage.“

Auf Deutschland als Flottenvermehrung folgt also die Rußlands, Frankreichs, Amerikas, Englands, so daß dann gütlich wieder, und zwar ganz im Handumdrehen, die Reihe an Deutschland gekommen ist!

Vom Aufstand in Venezuela. New York, 25. April. Einer Deutsche aus Caracas zufolge soll dort die Nachricht eingelaufen sein, die Revolutionäre seien Herren von Cartagena.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Dachdeckermeister arbeiten ganz nach dem Muster berühmter Schornmaacher in andren Gewerben. Schnell eingeschlossen haben sie die Lohnforderung ihrer Arbeiter mit einer Ausprägung beantwortet, von der gegenwärtig 300 Arbeiter betroffen wurden. Radeu ein Drittel sämtlicher Dachdecker ist angepörrt. Es ist daraus ersichtlich, daß die Ausprägung keine allgemeine ist, das Beispiel der überreizigen Herren nicht vollen Anklang bei allen Unternehmern findet. Die Entzählung der Unternehmern entbehrt auch jeder Berechtigung, denn die Arbeiter dieses Berufs gehörten bisher zu den gerügtesten und die Organisation ist lange von ihnen vernachlässigt worden. Deshalb ist um so freudiger der Fortschritt zum Bessern zu begrüßen und zeigen die Arbeiter eine ähnliche Andauer im Kampf als ihre übrigen Kollegen im Baugewerbe, dann ist auch ihnen der Erfolg sicher. In ihrer letzten Versammlung haben die Ausständigen die Fortsetzung des Streiks beschlossen und bisher ist keiner zur Arbeit zurückgekehrt.

Die Antiker der Allgemeinen Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft hatten von der Direktion eine Verringerung ihrer Arbeitsverhältnisse beantragt. Sie verlangen 8,50 M. Tageslohn, die Entbindung vom Wagenschleppen und statt der stöckigen vier freien Tage im Monat Dienstfreiheit an jedem sechsten Tage, sowie Bezählung dieses freien Tags. Die Direktion hat nach längeren Verhandlungen die Forderungen bewilligt. Rummeh wollen auch die Schaffner der Gesellschaft und die Antiker der Großen Berliner Omnibus-Gesellschaft Forderungen der Direktion unterbreiten. Die Schaffner und Antiker beschwerten sich über zu lange Arbeitszeit. Vor 1 Uhr nachts kommen die Leute selten aus dem Dienst und müssen an den meisten Tagen schon wieder bald nach 6 Uhr antreten.

Die Streiklausel. Die der Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten bei Abschluß seiner Verträge von der städtischen Verwaltung fordert, hat dem Verband der Steinseher und Verursachenden Anlaß gegeben, an die städtische Waudeputation eine Eingabe zu richten, in der gebeten wird, ähnliche Anträge der Unternehmer im Steinseherberuf abzulehnen. Die Arbeiter verwickeln in ihrer Eingabe darauf, daß sie den Unternehmern, um Lohnkämpfe zu vermeiden, seit langen den Vorschlag gemacht haben, feste Vereinbarungen abzuschließen. Dieser Vorschlag ist an familiäre Vorstände der Zunungen abgesandt und vor dem allgemeinen Verbandstag in Berlin in ihre Hände gelangt. Der Antrag ist auf dem Verbandstag der Unternehmer nicht verhandelt und den Arbeitern bis heute kein Bescheid zugegangen. Die Eingabe bemerkt deshalb:

„Wenn die Unternehmer des Straßenbau-Gewerbes glauben, sich über unfern Antrag glatt hinwegsetzen zu können, so sind wir der Meinung, daß dieselben dann auch keinen Anspruch auf besondere Berücksichtigung durch Aufnahme der Streiklausel zu beanspruchen haben. Abgesehen davon, haben aber die Unternehmer unfern Ertragens erst dann einen Anspruch auf besonderen Schutz seitens der Behörden, wenn erstere den Nachweis führen können, daß sie ihr möglichstes gethan haben, um eine Verständigung mit der Arbeiterchaft herbeizuführen. Hier liegt aber das strikte Gegenstück vor. Und aus diesem Grunde allein schon kann unfern Ertragens gar nicht die Rede davon sein, die Einführung der sogenannten Streiklausel auch auf die Verträge auszudehnen, welche mit den Unternehmern städtischer Straßenbauten abgeschlossen werden.“

Deutsches Reich.

Der erste deutsch-österreich-ungarische Postamtier-Kongress fand am ersten und zweiten Osterfesttag in Weipert in Böhmen statt. Die Abhaltung war mit mancherlei Schwierigkeiten verbunden. Zunächst war es den Unternehmern gelungen, den Ort zu bestimmen, das zuerst geplante Pöchl in Sachsen zurückzuziehen, worauf sich das Komitee genügt sah, in das nahe liegende

Städtchen Geher in Sachsen zu gehen. Der Wirt des Schützenhauses gab auch seine Unterstützung, da er sein Lokal zum Kongress hergeben wollte. Aber auch hier wirkten die Unternehmer auf den Wirt ein, so daß schließlich auch hier in letzter Stunde das Lokal zurückgezogen wurde. Daraus blieb den Delegierten nichts anderes übrig, als den heimatischen Staub von den Füßen zu schütteln und in das Ausland zu gehen, um über ihre wirtschaftlichen Interessen zu beraten.

Erkrienen waren 23 Delegierte aus Deutschland, 4 aus Oesterreich, einer aus Ungarn.

Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Situationsbericht. 2. Organisation und Taktik. 3. Gründung eines Streikfonds. 4. Arbeitsvermittlung. 5. Schaffung eines Sekretariats.

Die Delegierten für Weipert in Böhmen, Geher-Sachsen, Amberg und Buchholz, gaben ein erschreckendes Bild von dem Elend der Posamenten-Arbeiter, die in dortiger Gegend zu Hungerlöhnen beschäftigt werden. Die Frauen müssen von früh bis spät für niedrigen Lohn arbeiten, die Kinder von 4-5 Jahren für ein paar Pfennige den Tag über Posamenten anfertigen. Kurz, das Elend und die Ausbeutung ist noch erschreckender als bei den Webern im Gullengebirge. Die übrigen Delegierten konnten aus ihren Orten ebenfalls wenig Gutes berichten.

Die Anwesenden erlitten aus den Berichten, daß es ihre erste Aufgabe sein müsse, mit den organisierten Posamentierern in Deutschland-Oesterreich-Ungarn zusammen zu wirken, um ihre ganze Kraft einzusetzen, die wirtschaftliche Lage ihrer Berufskollegen im Erzgebirge zu heben. In Berlin, Wien, Budapest sollen Sekretariate eingerichtet werden, die die Korrespondenz über alle die Branche betreffenden Angelegenheiten führen und die wirtschaftliche Entwicklung verfolgen.

Sobald sollen lokale Unterstützungsfonds gegründet werden und die Schaffung eines Arbeitsnachweises wird geplant, den die Sekretariate gleichzeitig übernehmen. Den internationalen Textilarbeiter-Kongress zu Berlin will man durch einen Berliner Delegierten beschiden. Zur Organisationsfrage wurde man sich dahin einig, alles aufzubieten und die Posamenten-Arbeiter und Arbeiterinnen zu organisieren, um dieselben für Deutschland dem Textilarbeiter-Verband zuzuführen.

Die Lohnbewegung der Steffiner Schuhmacher hat einen günstigen Verlauf genommen. Die meisten Arbeitgeber haben die Forderungen der Arbeiter bewilligt und befinden sich nur noch wenige im Ausstand.

Die Schmiede in Lübeck haben mit den Unternehmern eine Verhandlung gehabt, die leider zu keinem Ergebnis führte, trotzdem die Arbeiter ihre Forderung auf 84 Pf. Stundenlohn ermäßigten. Der Streik dürfte an Umfang zunehmen, da sich die noch beschäftigten Arbeiter weigern, die Arbeit der Streikenden zu übernehmen. Es ist mithin dringend notwendig, den Zugang fernzuhalten.

Streikvergehen. Vom Dresdener Schöffengericht wurde der Polsterer Glabewitz wegen „Verletzung“ von Arbeitswilligen zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte soll geäußert haben: „Wenn wir die Arbeit wieder aufnehmen, dann steigt ihr doch wieder heraus, auch werdet ihr in der Zeitung bekannt gemacht.“ Wegen einer solchen durchaus harmlosen Bemerkung — der Angeklagte bestritt übrigens, sie in der Form gethan zu haben — einen Monat Gefängnis!

Ohne Streik erzielten die Maurer in Striegau in Schleien eine sofortige Erhöhung des Stundenlohns von 20 Pf. auf 31 Pf. und für den 1. Juli soll eine weitere Erhöhung des Lohns um 1 Pf. pro Stunde stattfinden. Die Errichtung von Neubauten, Aborten etc. wurde für jeden Bau zugelegt. Ferner, daß auf jedem Neubau ein Verbandskasten mit den notwendigsten Verbandsstoffen sich befindet.

Der Streik der Maurer in Wiesbaden ist ein äußerst hartnäckiger. Von den 1050 Streikenden befinden sich nur noch 500 am Platz, die übrigen sind abgereist. Von Seiten der Unternehmer sind alle Verhandlungen mit der Lohnkommission sowohl wie das Anerbieten des Gewerbegerichts als Vermittlungsmittel in Tätigkeit zu treten, abgelehnt worden; daß es ihnen trotzdem nicht sonderlich zu Mute ist, beweist eine Notiz in einem bürgerlichen Blatt, wonach, sofern am 1. Mai der Streik nicht beigelegt sei, sich die sämtlichen Arbeitgeber der Baubranche solidarisch erklären und ihre Arbeiter entlassen. Es wird — so lautet der Schlusssatz der Ankündigung — eine vollständige Einstellung der Betriebe geplant.

Zur Bergarbeiter-Bewegung. Aus Bochum wird und geschrieben: Man hat in den Organen der Grubenbarone großes Aufhebens von der Thatsache gemacht, daß einige Grubenverwaltungen im Oelschnitz-Laguner Revier nach § 80, 5 abgelegte Streikende wieder in Arbeit genommen und diese dadurch ihre früheren Rechte an die Knappschaftskassen wahren konnten. Man hat es den Leuten aber bei der Arbeit so „heiß“ gemacht, daß schon eine Anzahl wieder ihre heimatischen Gruben verlassen und hier in Westfalen ein Unterkommen auf den Felsen gesucht und gefunden haben. Auch seit dem Streik Gemahrgelste, die über zwei Monate in dem „gemüthlichen“ Sächsischen Hunger und Stummer gelitten, treffen noch ein und können sofort ansahren. Ein Oelschnitzer Bergdirektor hat die liebendwürdige Aeußerung gethan, er wolle die Gemahrgelste bis nach Westfalen verfolgen.

Auf den größten Werken des Zwickauer Reviers tritt auch ein Wechsel in der Leitung ein, der anscheinend mit dem Streik zusammenhängt. Direktor Weigel von der Birgergewerkschaft, der während des Streiks anscheinend noch recht gesund war, ist plötzlich gestorben und schwirren allerlei Gerüchte über die Todesursache. Direktor Schmidt vom Zwickauer-Oberhohndorfer Streiklohlenwerk (Wilhelmschächte), der Vorsitzende des bergbäuerlichen Vereins, hat sich seit der letzten Streikwoche noch nicht wieder auf dem Werk sehen lassen; man nennt bereits den Direktor eines benachbarten kleineren Werks als seinen Nachfolger. In den sächsischen Bergarbeiterkreisen ist jetzt die Meinung verbreitet, daß die „berühmte“ bergbäuerliche Bekanntmachung, welche am 26. Februar auf den Werken angeschlagen wurde und die Meinung der Grubenverwaltungen bestätigte, daß jeder Streikende, der sich bis zum 27. Februar nicht wieder zur Arbeit meldete, nach § 80, 5 des sächsischen Berggesetzes entlassen werden könne, auf recht eigentümliche Weise entstanden sei. Nun, die bergbäuerlichen Urteile sind aber im Sinne der Bekanntmachung ausgefallen und die Entlassenen sind von „Rechtswegen“ um ihre sauer erworbenen Pensionsansprüche gekommen, die sie hier in Westfalen, wenn sie bei ihrer Hiesigkeit das 20. Lebensjahr überschritten haben, auch nicht wieder erwerben können.

Ausland.

Der Streik der graphischen Arbeiter in Einsiedeln (Schweiz) dauert fort. Über den kommenden Millionären scheint doch allmählich das Wasser in den Hals hineinzulaufen. Denn nun haben sie sich mit einem rührenden Circular an die schweizerischen Buchdruckerbetreiber um die Ausführung von Druckaufträgen für sie gewandt, wahrscheinlich auch an ausländische Firmen. Da in Einsiedeln schlechtere Arbeits- und Lohnbedingungen als in den übrigen schweizerischen Buchdruckereien bestehen, so würde es fast eine Art geschäftlichen Selbstmords sein, wollten diese sich zur Unterstützung der Buchdrucker-Arbeiter in aber auch gar nicht daran zu denken, daß irgendwo Streikbrecherdienste geleistet werden.

Sociales.

Zur Konferenz der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen geht uns mit der Bitte um Abdruck noch folgende Zuschrift zu:

Die Behauptung des Herrn Dr. Löwenfeld in Nr. 95 Ihres geschätzten Blatts, ich wäre in meinem Referat über vollständige Theatervorstellungen auf der Konferenz der Centralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen über die Freien Volkstheater, das Schiller-Theater und ähnliche Bestrebungen hinweggegangen, als ob sie nicht vorhanden wären, könnte den Eindruck erwecken, es sei dieses aus andern als rein sachlichen

Gründen geschehen. Ich konstatiere darum: Am Anfang meines Referats hatte ich mein Thema ausdrücklich dahin beschränkt, daß ich nur auf eine Erörterung der Ziele, die solche Darstellungen anzustreben hätten und auf die Grenzen, die ihnen zu stecken seien, eingehen könne. Die wissenschaftliche Erkenntnis in diesen Dingen kann nicht durch lächerliches Aufzählen aller Einrichtungen gefördert werden, sondern nur durch eine Diskussion der prinzipiellen Grundlagen auf denen sie aufgebaut werden müssen. Diese Grundlagen hatte ich in meinem die Diskussion einleitenden Referat festzulegen und durfte mich umso weniger auf weiteres verbreiten, als ja die Leiter der Berliner Einrichtungen selbst geladen waren, um aus ihrer Erfahrung vorzubringen, was etwa zur Klärung in unsrer Frage beitragen könnte. Wir haben besonders bedauert, daß Herr Dr. Conrad Schmidt, der sich zum Wort gemeldet hatte, es durch ein leider nicht aufgeklärtes Mißverständnis nicht mehr erhalten hat. Ich kann mein Ersäunen nicht unterdrücken, daß Herr Dr. Löwenfeld, dessen Vorwurf ich schon auf der Konferenz zurückgewiesen hatte, denselben zum zweitenmal und öffentlich erhebt, ohne zugleich meine Widerlegung mitzuteilen.

Dr. R. v. Erdberg.

Da wir Herrn Löwenfeld das Wort in der Sache gegeben, glauben wir, es Herrn v. Erdberg nicht zu verweigern zu können. Weitere Zuschriften in dieser Angelegenheit werden wir aber nicht mehr aufnehmen.

Ein harmloser Kinderarbeitsversteher. Der Fabrikdirektor Thorne in Falkenstein in Sachsen beschäftigte in einem besonderen Raum der von ihm geleiteten Falkenstein Garnweberei Kinder im Alter von 7 bis 14 Jahren. Die Zahl der Kinder betrug oft bis zu 40 und die Beschäftigung geschah während der Zeit vom Sommer vorigen Jahres bis Weihnachten. Die Kinder wurden mit Nadeln beschäftigt. Deswegen unter Anklage gestellt, erklärte er, er habe die Kinder nicht als Arbeiter betrachtet, ihre Beschäftigung habe er nicht als Arbeit, sondern nur als Spielerei angesehen. Er glaube deshalb nicht, sich eines Vergehens gegen die Gewerbeordnung schuldig gemacht zu haben. Der Staatsanwalt war milder harmlos und beantragte 2000 M. Geldstrafe. Das Gericht sah zwar auch nicht durch die harmlose Prille der guten Unternehmensecke, glaubte aber mit der wirklich milden Strafe von 400 M. genug gethan zu haben. Die vom Staatsanwalt beantragte Strafe ist die höchste vom Gesetz zugelassene.

Arbeitszeit und Produktion in der österreichischen Baumwoll-Industrie. Der eben erschienene Bericht der Brüner Handelskammer für das Jahr 1899, in das bekanntlich der große Streik der Textilarbeiter um den Jehnfundentag fiel, teilt über die Wirkung der Arbeitszeitreduktion folgendes mit: In einer Reihe der Baumwollspinnereien des Kammerbezirks wurde vom 1. Oktober 1899 an der Jehnfundentag eingeführt und hat die Verkürzung der Arbeitszeit, soweit sich dies bisher feststellen läßt, die Erzeugung nur unwesentlich beeinträchtigt; in einigen Arbeiterkategorien, bei welchen sich infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit kein genügender Verdienst ergab, mußten die Löhne um beinahe 10 Proz. erhöht werden. — Ist die Produktion „nur unwesentlich“ beeinträchtigt worden, so hat offenbar die gesteigerte Arbeitsintensität die Reduktion der Arbeitszeit zum größten Teil wett gemacht. Im übrigen konstatiert der Jahresbericht der Brüner Kammer an einer anderen Stelle, daß die Löhne seit Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit im Mittel „nur unwesentlich gesunken sind“, nämlich etwa um 20 Pf. in der Woche.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den dritten Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch seine Generalversammlung für das erste Quartal dieses Jahres ab. Hoch gab den Geschäftsbericht des Vorstands. Im verfloffenen Vierteljahre fanden 5 Vereinsversammlungen und 4 Vorstandssitzungen statt. Der Vorstand hat an alle Kommunalwähler, die für unsre Kandidaten stimmten und dem Wahlverein noch nicht angehören, Aufforderungen ergaben lassen, dem Verein beizutreten. Die Mitgliederzahl ist im letzten Quartal um 42 gestiegen, sie beträgt jetzt 817. Nach dem Bericht des Kassierers Harndt betragen die Einnahmen 1144,67 M., die Ausgaben 859,85 M., bleibt ein Bestand von 784,82 M. Die Versammlung erteilte dem Kassierer Entlastung und übertrug dem Vorstand aus dem Ueberflusse 500 M. zur Agitation. — Hierauf standen zwei Anträge auf Ausschluß von Mitgliedern zur Debatte. Der erste, von Rein gestellte Antrag auf Ausschluß des Mitglieds Schumann hat die bekannte, schon mehrfach in Versammlungen und in der Presse besprochene Angelegenheit der Diskontantenliste der Kaufleute zur Grundlage. Der Vorsitzende hoch empfahl namens des Vorstands, der die Angelegenheit eingehend untersucht hat, den Antrag Rein abzulehnen, denn derselbe sei nicht hinreichend begründet, da es sich im wesentlichen um eine gewerkschaftliche Organisationsfrage handle. Nach kurzer Debatte stimmte die Versammlung dem Beschlusse des Vorstands zu. — Der zweite Antrag, von den Tischlern Kunze, Ahrens, Rissen und Klingner gestellt, verlangt den Ausschluß des Möbelhändlers Julius Apelt. Derselben wird vorgeworfen, er habe während des Holzarbeiterstreiks ein Verhalten beobachtet, welches ihn nicht mehr als Parteigenossen ercheinen lasse. Der Vorstand hat auch diese Angelegenheit untersucht und empfiehlt, dem Antrag auf Ausschluß Apelts nicht zuzustimmen, da die demselben zur Last gelegte Aeußerung, die er in einer Tischlermeister-Versammlung gemacht haben soll, nicht erwiesen ist. Dagegen ist der Vorstand der Ansicht, daß sein Verhalten in der Lohnbewegung der Holzarbeiter, speziell seinen Arbeitern gegenüber, nicht ganz einwandfrei gewesen sei. — Die Versammlung beschloß nach längerer Diskussion, daß Apelt nicht ausgeschlossen werden soll und der Vorstand das Verhalten Apelts gegenüber seinen Arbeitern nochmals untersuchen soll. — Weiter wurde auf Antrag des Vorstands beschlossen, die Broschüre „Führer durch das Alters- und Invaliditätsgesetz“ zur Gratisverteilung an die Mitglieder anzuschaffen. — Der Arbeiter-Samariterkolonne wurden 20 M. überwiesen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag bei Graumann, Rammnstraße, seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken zweier verstorbener Mitglieder in der üblichen Weise. Nach dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Weiße erstattete, hat der Vorstand im verfloffenen halben Jahr eine sehr intensive Tätigkeit entfaltet und waren die einzelnen Vorstandsmitglieder außerordentlich stark in Anspruch genommen, so daß sich für die Zukunft wohl eine Erweiterung des Vorstands notwendig machen werde. Außer den Vorstandssitzungen haben 5 Mitglieder- und 1 Generalversammlung stattgefunden, die sämtlich verhältnismäßig gut besucht waren. Ferner hat der Vorstand 2 gemeinsame Urania-Besuche und 2 Familien-Unterhaltungsabende arrangiert. Im letzten halben Jahr sind dem Verein 643 Genossen neu beigetreten, so daß derselbe, trotzdem eine sehr große Zahl lässiger Mitglieder gestrichen werden mußten, gegenwärtig 2150 Mitglieder zählt.

Ueber die Einnahmen und Ausgaben in der Zeit vom 1. Oktober vorigen Jahres bis 1. April dieses Jahres berichtete der Kassierer Trautzl. Danach betragen die Einnahmen inklusive des alten Bestands von 696,00 M. insgesamt 3382,70 M., die Ausgaben, darunter 2000 M. für die Agitation, 2865,20 M., so daß ein Bestand von 497,50 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und auf deren Antrag dem Kassierer die Decharge erteilt. Die sodann vorgenommene Neuwahl des Vorstands ergab folgendes Resultat: R. Weiße, Forsterstr. 39, 1. Vorsitzender; G. Beer, 2. Vorsitzender; A. Runge, 1. Schriftführer; R. Dielan, 2. Schriftführer; W. Trautzl, Wienerstraße 14, 1. Kassierer; A. Salzmann, 2. Kassierer; R. Pieschel, Beisitzer. Als Revisoren wurden Protzman, Fehland und Junker gewählt. Hierauf hielt Genosse Hans Rachtigal einen Vortrag über: „Die Arbeiterbewegung im Osten Europas.“ Der recht interessante Vortrag, in dem der Referent die wirtschaftlichen und politischen Zustände insbesondere von Rußland und Vollandstaaten schilderte und in dem

er ein anschauliches Bild von dem stetigen, allerdings mit harten Kämpfen verbundenen Fortschreiten der revolutionären Arbeiterbewegung entwarf, wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nachdem der Vorsitzende noch auf die am Sonntag stattfindende „Urania“-Vorstellung hingewiesen hatte, daß am 13. Mai ein Vortrag im Hörsaal der „Urania“ stattfindet, wozu Billets beim Schriftführer, Planteuffelstr. 119, zum Preise von 40 Pf. zu haben sind, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Holzarbeiter-Verband. Die Branche der Musikinstrumentenmacher nahm am 23. April in einer Vertrauensmänner-Sitzung eine Resolution an, in der empfohlen wird, die Arbeit am 1. Mai ruhen zu lassen.

Der Centralverband deutscher Maurer (Filiale II), tagte am 20. April. Auf der Tagesordnung stand: Welchen Zweck hat die politische und die gewerkschaftliche Organisation? Der Referent, Winger, führte aus, daß beide Organisationen, die politische wie die gewerkschaftliche, notwendig sind, sie müssen sich ergänzen. Die gewerkschaftliche Organisation soll in erster Linie die Lebenshaltung der Arbeiter heben. Der politischen Organisation dagegen liegt die Pflicht ob, in den gesetzgebenden Körperschaften zu wirken, und freie Bahn zu schaffen, damit der wirtschaftliche Kampf zu Gunsten der Arbeiterklasse ungehindert geführt werden kann. Die bürgerlichen Parteien würden eine ganz andre Haltung unseren Forderungen gegenüber einnehmen, wenn sie sähen, daß eine aufgeklärte, politisch wie gewerkschaftlich gut organisierte Arbeiterschaft vorhanden wäre. Ueber das Wachstum der Gewerkschaften in den letzten Jahren könne man sich nicht beklagen. Das gleiche könne man von der politischen Organisation nicht sagen. Es müsse jeder Arbeiter bestrebt sein, sich beiden Organisationen, weil sie unerlässlich nötig sind, anzuschließen. Die Diskussion bewegte sich im allgemeinen im Sinne des Referats. Unter Verschiedenem wurde den Mitgliedern empfohlen, von den Billets zur Sternwarte in Treptow regen Gebrauch zu machen.

Im Verein deutscher Schuhmacher nahmen die Mitglieder am 22. d. Mts. in der Generalversammlung den Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal 1900 entgegen. Nach dem vom Vorstand erstatteten Bericht ist die Organisation in dieser Zeit außerordentlich gewachsen. Die Berliner Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig rund 1400. Für die Centralasse wurden 2826,20 M., für den örtlichen Lokalfonds 872,85 M. vereinnahmt. Außerdem wurden auf Sammellisten 807,35 M. aufgebracht. Die im Laufe des vergangenen Quartals abgehaltenen Vergütungen lieferten einen Ueberflusse von 257 M. Den österreichischen Vergarbeitern wurden 100 M., den Schuhmachern in Straußberg 200 M. und den Tullinger Ausgesperrten 800 M. aus den örtlichen Mitteln überwiesen. Die Unkosten für die Agitation in Berlin und der Provinz Brandenburg beliefen sich insl. des Gehalts für den Vorsitzenden auf 608,35 M. Erhebliche Ausstellungen an den Berichten fanden nicht statt und wurde dem Vorsitzenden der Kommission sowie dem Kassierer der Zahlstelle Berlin einstimmig Decharge erteilt. An Stelle von zwei aus der Kommission ausgeschiedenen Mitgliedern wurden Christensen und Weber gewählt.

Der Krieg.

Die Engländer haben den Erfolg zu verzeichnen, Wepener entsetzt

und Dewetsdorp ebenfalls vom Feind gesäubert zu haben. Es hat lange genug gedauert, bis die Engländer von ihrer kolossalen Uebermacht einen derartigen Gebrauch machen konnten, daß sich die auf den verschiedensten Seiten zu gleicher Zeit angegriffenen Boeren veranlaßt haben, den Rückzug anzutreten. Der englische Erfolg vermag um so weniger zu imponieren, als er nicht in der Offensive errungen wurde, sondern lediglich die Zurückweisung einer Boerenbewegung bedeutet, die den Engländern, die den Weg auf Pretoria schon vollständig frei wählten, ganz überraschend kam und ihre Aktionen für Wochen völlig lähmte.

Die Boeren zogen sich aus beiden Stellungen in guter Ordnung zurück. Es ist für die Engländer kaum Aussicht vorhanden, den auf dem Rückzug befindlichen noch erste Verluste beizubringen oder ihnen gar den Weg nach Norden abzuschneiden. Der Rückzug der ehemaligen Belagerer von Wepener bewegt sich in der Richtung auf Ladysbrand, das etwa 60 Kilometer nordöstlich von Wepener gelegen ist. Die Boeren sollen eine Stärke von 4000 bis 5000 Mann gehabt haben. Eine Besetzung dieser Boerenabteilung fand nach einem Telegramm vom 25. nicht statt.

Die Verluste des eingeschlossenen gewesenen Obersten Dalgath werden auf 38 Tote und 132 Verwundete beziffert.

Auch Dewetsdorp

wurde von den Boeren freiwillig während der Nacht geräumt, wahrscheinlich in der begründeten Befürchtung, sonst von englischen Truppenabteilungen umgarnen werden zu können. Die Stärke der bei Dewetsdorp befindlichen gewesenen Boeren wird von General Kundle auf 7000 Mann geschätzt. General French machte den augenscheinlich gecheiterten Versuch, durch einen Vorstoß im Norden der Stadt den Boeren die Rückzugslinie abzuschneiden. Letztere zogen sich indes nach Nordosten zurück. Die Verluste der Boeren bei dem Zusammenstoß mit French sollen nach dessen Mitteilung schwere gewesen sein. Vor der Unzuverlässigkeit derartiger englischer Schätzung braucht aber kaum mehr gewarnt zu werden. Vermutlich werden die räumlich nicht allzu weit getrennten Abteilungen der Boeren sich in der Gegend von Ladysbrand vereinigen. Ob sie sich dann weiter nach Norden zurückziehen werden, um dem Hauptvorstoß Roberts entgegenzutreten, oder ob sie durch den bisher mit Erfolg verjagten Kleinrieg die Engländer auch fernherhin zu allerschwersten Nebenoperationen zu zwingen suchen werden, bleibt abzuwarten. Auch in der Nähe von

Kimberley

ist es zu Zusammenstößen gekommen. 500 Boeren hatten am 24. bei Windforton, etwa 40 Kilometer nördlich von Kimberley, ein Lager errichtet. Eine Depesche vom 25. aus Warenton, 20 Kilometer nördlich bei Windforton, meldet nun, daß die Boeren durch ein Bombardement aus ihrem Lager vertrieben worden seien. Vermutlich handelt es sich also um die Boerenabteilung bei Windforton.

Ueber die Explosion eines Boeren-Arsenals

berichtet folgendes Telegramm: Pretoria, 25. April. Gestern Abend fand in der Gießerei von Begbie, welche jetzt als Arsenal von der Regierung benutzt wird, eine große Explosion statt. Das Gebäude wurde völlig zerstört. Mehrere Personen wurden getödtet, 32 verletzt. Die meisten Verunglückten sind französische und italienische Arbeiter. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. Sofort nach der mit einem fürchterlichen Anfall erfolgten Explosion standen sämtliche Häuser der Nachbarschaft in Flammen. Das Weidreie der Frauen und Kinder in den anstehenden Straßen erhöhte die allgemeine Bestürzung. Die Ambulanzen der Geseilschaft vom Roten Kreuz leisteten den Verwundeten gute Dienste.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Reichstagswahl im Kreise Aachen.

Emden, 26. April. Bei der Reichstags-Erfolgswahl im Wahlkreis Aachen-Wittmund (Hannover 2) wurden nach den bis 11 Uhr abends hier vorliegenden Mitteilungen für Semmler (natl.) 6438 Stimmen, für Dr. Almers (fr. Sp.) 2728, für Wehn (Sp. und Bund der Landwirte) 1679 und für Hug (Soc.) 1072 Stimmen gezählt.

Bern, 26. April. (S. S.) Das Washingtoner Staatsdepartement überfandte dem hiesigen Friedenskomitee den allernächsten Bericht, aus welchem hervorgeht, daß Lord Salisbury am 13. März dem nordamerikanischen Gesandten erklärte, England löme keinerlei Vermittlung seitens einer fremden Macht im südafrikanischen Kriege annehmen.

Reichstag.

181. Sitzung. Donnerstag, den 26. April, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Pofadowsky. Zunächst wird das Übereinkommen zwischen dem Reich und Oesterreich-Ungarn zum Schutze der Urheberrechte an Werken der Literatur, Kunst und Photographie in dritter Beratung debattiert...

Es folgt die Beratung der zurückgestellten Staats-Resolutionen. Zunächst wird die Beratung der Resolution Rembold und Genossen (C.) betreffend Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche fortgesetzt.

Die bestehenden Vorschriften über Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche auf Grund der gemachten Erfahrungen einer eingehenden Revision zu unterziehen, insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß vor Anordnung der Sperre eines Orts, einer Feldmark oder eines sonstigen Sprenggebiets und des Marktvorbots die Notwendigkeit aufs sorgfältigste geprüft und jede Verzögerung bei Aufhebung dieser Sperrmaßnahmen vermieden wird.

Abg. Bödel (S. L. F.) beantragt, hinter den Worten „aufs sorgfältigste“ einzufügen: „Unter Zuziehung von Landwirten“.

Abg. Bödel (S. L. F.):

Bei der enormen Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche ist eine Bekämpfung derselben gewiß dringend notwendig. Aus den Reihen der kleinen Bauern hört man aber häufig die Klage, daß bei dieser Bekämpfung viel zu rigoros vorgegangen wird ohne Rücksicht auf die schweren Schädigungen, die den Landwirten oft durch die Sperrmaßnahmen zugefügt werden.

Abg. Dr. Pachtke (fr. B.):

Ueber die Bedeutung der Frage wird sich wohl bei der statistisch festgestellten Ausdehnung der Maul- und Klauenseuche niemand im Irrtum sein. Die Frage ist nur, welche Konsequenzen man aus dieser Ausdehnung zieht: Sollen die Sperrmaßnahmen gemildert oder verschärft werden? Die Ausführungen des Vorredners sowie auch seiner Zeit die Rede des Antragstellers zielen wohl auf eine Milderung der Sperrmaßnahmen hin.

Abg. Graf v. Kanitz (L.):

Die Resolution Rembold verlangt allerdings eine weitergehende Milderung der Sperrmaßnahmen. Ich für meine Person kann mich für eine solche Milderung der Sperrmaßnahmen nicht begeistern.

Abg. Herold (C.):

Wie man die Maul- und Klauenseuche am wirksamsten zu bekämpfen hat, darüber gehen die Ansichten zur Zeit noch weit auseinander. Die einen sind für möglichst strenge Sperrmaßnahmen, die anderen wollen die Sperre nur im äußersten Notfall verhängt wissen.

Direktor im Reichs-Gesundheitsamt Dr. Köhler:

Ich kann Ihnen mitteilen, daß gegenwärtig Untersuchungen im Gange sind, um die bestehenden Vorschriften zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche einer Revision zu unterziehen. Allerdings kann keine Instruktion so eingehend sein, daß sie in jedem einzelnen Fall bis in die kleinsten Details hinreichende Verhaltensregeln entnehmen werden können.

Abg. Graf Bernsdorff-Welzen (Welfe). Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Sperrmaßnahmen, wenn sie überhaupt Augen haben sollen, aufs strengste durchgeführt werden müssen.

Abg. Rettich (L.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Lucke-Patershausen (B. d. L.):

Daß die Grenzsperrung zur Fernhaltung der Seuche notwendig ist, beweist das Vorbild Englands, das diese Sperre auf das tüchtigste seiner Zeit durchgeführt hat.

Abg. Scherre (Sp.):

Das einzig wirksame Mittel zur Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche ist eine sofortige Infizierung des gesamten Viehbestands einer Ortschaft, sobald in ihr ein Fall von Seuche konstatiert ist.

Abg. Graf Rindowström (L.):

Die Sperrmaßnahmen können nicht streng genug durchgeführt werden, wenn man der Seuche Herr werden will. Der Fehler liegt nicht in den strengen Maßnahmen, sondern darin, daß die meisten Besitzer nicht geneigt sind, sich ihnen zu fügen.

Damit schließt die Diskussion. In der Abstimmung wird der Antrag Bödel gegen die Stimmen einiger Konservativer abgelehnt und der erste Teil der Resolution einstimmig angenommen, der zweite Teil gegen das Centrum und die Stimmen einiger Konservativer abgelehnt.

Die Resolution, betreffend Aufhebung der für die Ausrüstungsgegenstände von Schiffen bestehenden Zollfreiheit wird auf Antrag Brömel von der Tagesordnung abgesetzt, ebenso die Resolution, betreffend den Verkauf der künstlichen Seehäute.

Es folgen Petitionen. Ueber die Petitionen, betreffend den Transport Schwerverkramer auf den Eisenbahnen, beantragt die Kommission zur Tagesordnung überzugehen.

Eine weitere Petition, betreffend die Sicherung der Bauforderungen, beantragt die Kommission der Regierung als Material zu überweisen.

Abg. Werner (Anti.) bemerkt, die Petenten hätten geglaubt, dem Reichstag liege ein entsprechender Gesetzentwurf bereits vor. Das sei zwar noch nicht der Fall, er hoffe aber, die Regierung werde durch die Resolution veranlaßt werden, einen solchen Gesetzentwurf recht bald vorzulegen.

Damit schließt die Diskussion. Das Haus beschließt entsprechend dem Antrag der Kommission.

Es folgt die Beratung der Petitionen betr. Einführung einer Maximalarbeitszeit in der Textilindustrie. Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material. Dagegen beantragt Abg. Dasbach (C.) Ueberweisung der ersten vier Punkte der Resolution zur Erwägung, der beiden letzten Punkte als Material.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.):

In nahezu gleichlautender Form hat diese Petition bereits dem letzten Reichstag vorgelegen, und zwar einmal ausgedehnt vom christlich-sozialen bezw. katholischen Arbeiterverein zu Durlach, zweitens von den organisierten katholischen Textilarbeitern Bayerns. Das sind alles wie gesagt christlich-soziale, katholische Arbeiter, so daß von sozialdemokratischer Begehrlichkeit nicht gut die Rede sein kann.

Die Petition von den katholischen Arbeitern ausgeht, beweist, wie übermäßig die Arbeitszeit auch von diesen Arbeitern empfunden wird und man sollte meinen, wenn die Petition in so beschreibender Form von katholischen Arbeitern ausgeht, müßte das Centrum Mann für Mann für sie eintreten. Dabei haben wir die wunderbare Erscheinung erlebt, daß, als vor Wochen diese Petition hier zum erstenmal vor das Haus kam, der Abg. Dasbach sie dem Reichskanzler zur Verächtlichung überweisen wollte; acht Tage später, als die Petition abermals dem Hause vorlag, hat er sich damit begnügt, die ersten vier Punkte dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen, den Punkt 5 und 6 aber einfach als Material, auf gut deutsch: dem Papierkorb des Bundesrats zu überantworten.

Ueber die Notwendigkeit der in der Petition verlangten Verkürzung der Arbeitszeit für den Textilarbeiter auf zehn Stunden sollte man bei uns gar nicht mehr reden müssen. Die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit, nicht allein in der Textilindustrie, sondern generell, wird von allen Fabrikinspektoren bereits ganz offen zugestanden.

Der nationalliberalen Partei, Herr v. Heyl, erklärte sich seiner Zeit gegen den zehnstündigen Maximal-Arbeitszeit, weil nach den Berichten der Fabrikinspektoren heute bereits in 80 Proz. sämtlicher Betriebe der zehnstündige Arbeitstag erreicht sei. Das Widerstreben des Abg. Heyl ist mir um so weniger erklärlich, als dies Resultat nicht der Gehegung zu verdanken ist, sondern einzig und allein der Kampfbereitschaft, Kampfesdrang und Kampfbereitschaft der deutschen Gewerkschaften.

Abg. Dasbach angesichts all dieser von mir erwähnten Thatsachen nur den Antrag auf Erwägung gestellt hat, ist mir nur verständlich, weil er der Centrumspartei angehört, die vor drei Jahren einen ähnlichen Frontwechsel gemacht hat, als wir den Achtstundentag zur Beratung gebracht hatten.

Gerade die Centrumspartei, die in den letzten Wochen ihr ganzes Gewicht und ihren Einfluß für die lex Fejze angeblich im Namen der bedröhten Stillschließung in die Waagschale geworfen hat, hätte hier die beste Gelegenheit, ihren guten Willen zu bekunden, nicht indem

sie für Verkürzung einzelner Strafparagrafen eintritt, sondern mit uns wirkt für die gesetzliche Kürzung der Arbeitszeit. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.)

Was unsre inländischen Fabrikinspektoren sagen, bestätigen die auswärtigen. In der Schweiz steht gegenwärtig die Ersetzung des elfstündigen Normalarbeitstags durch den zehnstündigen auf der Tagesordnung des politischen Lebens. Da tritt der Fabrikinspektor Dr. Schuler gerade im Hinblick auf die Textilindustrie lebhaft für den zehnstündigen ein. Um die Rentabilität einiger veralteter und rückständiger Betriebe zu erhalten, dürfen doch nicht die Arbeiter leiden, was aber viel mehr beweist als alle diese theoretischen Erwägungen, die die Proix nur bis zu einem gewissen Grade zur Seite haben, ist die Thatsache, daß die Länder, die heute bereits die zehnstündige Arbeitszeit in der Textilindustrie oder gar den Achtstundentag haben, an Leistungsfähigkeit allen Ländern voranziehen, wo eine längere Arbeitszeit herrscht.

Wir können noch ein Land zum Beweise heranziehen, das beispielsweise für die schiffliche Textilindustrie als gefährlichster Konkurrent erscheint: die böhmisch-mährische Textilindustrie. Dort hat infolge der Arbeiterbewegung des vorigen Jahres eine Arbeitszeit von 60 000 Köpfen den zehnstündigen Arbeitstag errungen, genau wie bei uns gegen den Willen der Regierung und der Unternehmer.

Der Verein der Textilarbeiter hat auf seiner Generalversammlung im vorigen Jahre eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit bis 8 Stunden gefordert, und dies ist eine freisinnige Forderung, in der sogar jedes Mitglied einen Revers unterschreiben muß, daß er nicht sozialdemokratische Gesinnung hat. In Aachen hatte die Bewegung ebenfalls die Erreichung des zehnstündigen Tages zur Folge; in Aachen war eine Bewegung mit dem gleichen Ziel im Gange und als in den letzten Tagen der 42 000 Mann fassende Textilarbeiter-Verein in Gönitz in Alenburg versammelt war, war einer seiner wichtigsten Beschlüsse, einzutreten für die Verkürzung der Arbeitszeit.

Wiederholt hat der Reichstag bereits die Verkürzung der Arbeitszeit für Erwachsene im allgemeinen gewünscht. 1869 beantragten die Konservativen für die Landarbeiter den 12stündigen Normalarbeitstag, 1877 hat das Centrum Erhebungen seitens der Regierung beantragt, inwiefern eine Reduktion der Arbeitszeit möglich und notwendig sei.

Daß Herr Dasbach angesichts all dieser von mir erwähnten Thatsachen nur den Antrag auf Erwägung gestellt hat, ist mir nur verständlich, weil er der Centrumspartei angehört, die vor drei Jahren einen ähnlichen Frontwechsel gemacht hat, als wir den Achtstundentag zur Beratung gebracht hatten.

Wenn wir uns also auch nicht der Hoffnung hingeben, daß die Regierung diesem Antrag sympatisch gegenübersteht, so muß wenigstens der Reichstag durch seinen Beschluß bekunden, daß die Zeit der Reduktion der Arbeitszeit gekommen ist. Ich stelle daher den Antrag, daß die Petition der Regierung nicht bloß als Material, sondern zur Verächtlichung überwiefen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Anttrag des Abg. Fischer findet nicht die genügende Unterstützung.

Abg. Freiherr von Stumm (Rp.):

Bei der schwachen Befragung des Hauses halte ich die Erörterung der äußerst wichtigen Frage des Normalarbeitstags nicht für angebracht und will nur ganz kurz auf die Ausführungen des Vorredners eingehen. Er wies auf die Gesundheitsgefährdung der Arbeit in den Betrieben hin. Wo aber eine solche besteht, hat ja auch jetzt schon der Bundesrat das Recht, eine Verkürzung der Arbeitszeit anzuordnen. Der Vorredner sprach auch von dem Schatz der Textilarbeiter in England. Von solchen gesetzlichen Schatz weiß ich nichts. Was die Arbeiter dort haben, das haben sie neben dem Gehalt mit den Arbeitgebern vereinbart. Dasselbe steht ja auch bei uns dem Arbeiter zu. Auch von dem konstitutionellen System in den englischen Fabriken habe ich noch nichts gehört, ebenso wenig wie von der Ueberlegenheit der englischen Textilindustrie, die nach dem Vorredner auf der kürzeren Arbeitszeit beruhen soll.

Für den Antrag der Kommission auf Ueberweisung dieser Petition als Material werde ich ebenfalls stimmen, da eine Prüfung der Verhältnisse dieser Arbeiter eben notwendig ist.

Abg. Vaudert (Soc.):

Ich bedaure sehr, daß unser Antrag nicht die genügende Unterstützung gefunden hat, um so mehr, da der Vertreter der Regierung in der Kommission erklärt hat, daß die von der Petition angeführten Thatsachen der Regierung nicht bekannt seien. Thatsache ist aber, daß alles, was in dieser Petition steht, vollständig zutrifft; ja, daß die Petition die schlechteste Form zur Begründung ihrer Forderung gewählt hat. Der Textilarbeiter-Verband ist dabei eine Aufstellung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiter vorgenommen. Daraus geht hervor, daß die Arbeitszeit viel zu lang und die Löhne sehr schlecht sind. In einer Fabrik ist festgestellt, daß von 121 Webern, die dort beschäftigt sind, ein einziger wöchentlich über 18 M. erhält, zwei über 16 M., fünf über 15 M., 17 über 11 M. und 46 über 9 M. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten). Von 201 Webern, die in derselben Fabrik unter denselben Bedingungen arbeiteten, erhalten gegenüber der so besser entlohnten Hälfte: unter 9 M. 46, unter 8 M. 51, unter 5 M. 19, unter 4 M. 11, unter 3 M. 5, unter 2 Mark 2. Wenn auch diejenigen Arbeiter, die 2, 3, 4 Mark erhalten, jugendliche und zum Teil gebrechliche Arbeiter sind, so erhält doch der weitaus größte Teil der Weber pro Stunde 2 Pfennig. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten). In diesen Betrieben sind auch äußerst viel weibliche und jugendliche Arbeiter beschäftigt. Die Zahl der weiblichen Arbeiter von 16 bis 21 Jahren, die im Jahre 1895 bei den Textilarbeitern 121 671 betrug, ist in zwei Jahren auf 124 154 gestiegen. Auch die Zahl der Arbeiter über 21 Jahre, von denen doch ein großer Teil schon verheiratet ist, ist gestiegen von ca. 202 000 im Jahre 1895 auf ca. 215 000 im Jahre 1897. Dabei ist die Arbeit dieser Arbeiterinnen durchaus keine leichte. Wenn auch die pflanzliche Kraft der Arbeiterinnen, die in Spinnereien beschäftigt sind, nicht mehr so ausgenutzt wird wie früher, wo die Maschinen noch der thätigen Mithilfe der Arbeiterinnen bedurften, so ist doch auch heute die Arbeit der Arbeiterinnen bei den komplizierteren Maschinen eine so geistigende, daß sie jede andere Willensanstrengung der Arbeiterinnen nach und nach vernichtet. Es ist daher gerade in diesen Betrieben eine Verkürzung der Arbeitszeit dringend notwendig, da heute eine 14- ja 16stündige Arbeit häufig die Regel ist.

In den Fäbereien und Bleichereien werden zwar weniger Frauen und Mädchen beschäftigt, aber die Arbeit ist auch für die männlichen Arbeiter ganz besonders gesundheitsgefährlich, da die Arbeit häufig 15, 16, ja 17 Stunden dauert. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Und man muß stammen, was da für miserable Löhne gezahlt werden. Ein Lohn von 16-17 Pf. pro Stunde ist selbst bei männlichen Arbeitern das übliche. Dabei müssen die Arbeiter den ganzen Tag diese schädlichen Dünste, die das Färben mit sich bringt, einatmen, und sie bekommen den Winter über und auch dann, wenn das Geschäft schlecht geht, dieselben Löhne. Da muß man doch stammen, wie bescheiden die Forderungen dieser Arbeiter sind, und wie hartnäckig die Unternehmer diesen bescheidenen Forderungen Widerstand leisten.

Gerade die Herstellung und Verarbeitung der Kunstwolle und der Kunstgarnen zieht heute die Gesundheit der Arbeiter mehr in Mitleidenhaft als das früher der Fall war. Der einmal einen derartigen Arbeitsjahr betretene hat, wird sich zu dem eigentümlichen Geruch, den die chemischen Substanzen verbreiten, und nach dem feinen Staub, der sich in Lunge und Atmungsorgane setzt, nicht zurückziehen. Der einmal in die bleichen Gefächter dieser Arbeiter gefallt hat, muß mir recht geben: wie dürfen über eine solche Petition nicht im Handumdrehen hinweggehen. Der Abg. Dasbach und andre Centrumsdaggeordnete haben im christlich-socialen Textilarbeiter-Verband oft schöne Reden gehalten, und das ist vielleicht die Anregung zu dieser Petition gewesen. Wenn es sich aber darum handelt, thatsächlich Verbesserungen herbeizuführen, dann sind die Herren nicht zu haben. Und das wird hoffentlich den Arbeitern mehr und mehr die Augen öffnen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Vizepräsident Schmidt:

Ich muß noch einmal auf die Rede des Abg. Fischer-Berlin zurückkommen. Der Herr Abgeordnete sprach so schnell, daß er nicht überall deutlich verstanden werden konnte. Der stenographische Bericht ergibt, daß der Herr Abgeordnete gesagt hat, die sogenannte Luthersvorlage stütze sich auf unbeweisbare und erlogene Behauptungen einer Denkschrift. Eine solche Bemerkung über eine diesen hohen Hause namens der verbündeten Regierungen vorgelegte Denkschrift ist durchaus unzulässig. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Aber wahr!) Ich rufe den Herrn Abg. Fischer daher zur Ordnung!

Abg. Stolte (Soc.):

Aus den Berichten der Fabrikinspektoren geht hervor, daß die meisten Anlässe einzig und allein Folgen der langen Arbeitszeit sind. Wenn das hier durch die Beamten konstatiert wird, die sich mit der Sache beschäftigen, so ist es gewiß sehr charakteristisch, daß gegen die Befreiung dieser Arbeiter von den übrigen Parteien Widerstand geleistet wird. Es ist recht sonderbar, daß dem Antrag Fischer nirgends auf der andern Seite des Hauses Zustimmung wurde. In den Berichten der Inspektoren wird z. B. dargelegt, daß als einmal einer Fabrik von der Polizei die Erlaubnis erteilt wurde, noch eine Stunde länger zu arbeiten als schon üblich war, sich kein Arbeiter bereit erklärte, weiter zu arbeiten. Beweis genug, daß es im Interesse der Arbeiter liegt, die Arbeitszeit zu verkürzen. In dem Inspektionsbezirk Wismar sind bei Sonntagsarbeit innerhalb eines Jahres mehr als 43 000 Stunden Ueberarbeit geleistet. Was nicht da die Sonntagsruhe, wenn zu jeder Zeit die Erlaubnis erteilt wird, am Sonntag doch zu arbeiten? Eben dort hatte ein Arbeitgeber in einer Ziegelei 10 Tage hindurch zwei Stunden länger arbeiten lassen als zulässig war. Es wurde Anzeige erstattet und das Schöffengericht verurteilte den Arbeitgeber zu einer Strafe von 25 M. Wenn derartige Verhältnisse eintreten, brauchen wir uns über die vielen Unglücksfälle nicht zu wundern. Jedenfalls wäre es durchaus gerechtfertigt, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Ich bedaure, daß unser Antrag von den andern Parteien nicht unterstützt worden ist. Die Arbeiter werden wissen, was sie von dieser Haltung dieser Parteien zu halten haben. Die Textilarbeiter im besondern aber werden immer wieder auf ihre Forderung zurückkommen, bis endlich Wandel geschaffen ist. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Hise (C.):

Die Socialdemokraten haben heute gegen meinen Freund Dasbach dieselbe Anklage erhoben, wie vor einiger Zeit der Vorwärts. Mein Freund Dasbach hat den Antrag auf Ueberweisung zur Berücksichtigung nur deshalb fallen lassen, um eine recht große Majorität für seinen ersten Antrag zu gewinnen. Was die Stellung meiner Fraktion anlangt, so haben wir schon seit 1884 immer wieder den Versuch gemacht, die Arbeitszeit herabzusetzen. Wir haben vor 2 Jahren den Antrag gestellt, eine Normalarbeits-

woche von 68 Stunden festzusetzen. Wir haben für diesen Antrag keine Majorität gefunden. Auf meinen Antrag haben weiter Erhebungen über die Arbeitsdauer stattgefunden. Jetzt aber den Antrag auf Berücksichtigung zu stellen, wo wir genau wissen, daß er nicht angenommen wird, halten wir nicht für angemessen. Wird der Antrag auf Ueberweisung als Material angenommen, so wird die Berücksichtigung des Grundgedankens der Petition ebenfalls zum Ausdruck gebracht, und die Regierung ist dann ebenfalls veranlaßt, sich mit der Sache weiter zu beschäftigen. Ich bitte Sie daher, für den Antrag der Kommission zu stimmen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Fischer-Berlin (Soc.):

Der Herr Abg. Hise meinte, der Antrag Dasbach sei nur deshalb in seiner ursprünglichen schärferen Form gemildert worden, um eine möglichst große Majorität zu finden. Ich konstatiere dem gegenüber, daß sich die Mitglieder des Centrums schon in der Kommission gegen den Antrag auf Berücksichtigung erklärt haben, und daß kein Mitglied des Centrums den Antrag Dasbach unterstützt hat. Ich zweifle nicht daran, daß Herr Hise und einige andere Mitglieder des Centrums auf dem Standpunkt stehen, den Herr Hise vor 2 Jahren dargelegt hat. Aber das ist nicht der Standpunkt seiner Partei. Herr Hise hat auch damals angeführt, daß heute schon nach den Berichten der Fabrikinspektoren in 80 Proz. der Betriebe der zehnstündige Arbeitstag eingeführt sei. Damals aber nahm man erst noch die Resolution Hertling an, erst eine Enquete zu veranstalten, in welchen Betrieben eine übermäßig lange Arbeitszeit stattfand. Die Resolution hatte also nur den Sinn, die Sache zu verschleppen. Wie gesagt, die Centrumsparthei steht nicht auf dem Standpunkt, den Herr Hise eingenommen hat. Die Herren sollten nur ihren ganzen Einfluß in die Waagschale werfen. Dann wären wir in Deutschland längst so weit wie Oesterreich und die Schweiz; dann hätten wir den Nehtsundtag. Es fehlt nur an dem guten Willen des Centrums, und es liegt an der eigenartigen Zusammensetzung dieser Partei. Diese Zusammensetzung bringt die halbe und lahme Haltung des Centrums in allen Arbeiterfragen mit sich. Mit der Versicherung, sie sei arbeiterfreundlich und geneigt, den Arbeitern entgegenzukommen, kann es einbände mit der Regierung konträrrieren, die seit fast 10 Jahren die Besugnis des § 120 a hat, aber trotz der schreienden Mißstände, von denen die Fabrikinspektoren berichten, niemals Gebrauch gemacht hat.

Wenn Herr v. Stumm erklärte, er hätte noch nichts gehört von Einrichtung konstitutioneller Verhältnisse in englischen Fabriken, so ist das noch kein Beweis dafür, daß sie nicht besteht. Ich verweise Herrn v. Stumm nur auf die gleiche Lage im Vergleich, wo nach Einsichtnahme in die Geschäftsbücher und je nach dem Stand der Preise und der Absatzverhältnisse der Lohn der Vergarbeiter festgesetzt ist. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. Hise (C.):

Gegenüber dem Herrn Vorredner bemerke ich folgendes zur Klärung. Wir haben seiner Zeit den Antrag auf Einschränkung einer 63stündigen Arbeitszeit pro Woche gestellt, den auch Herr v. Hertling unterstützt hat. Wir erkannten dann, daß eine Majorität für diesen Antrag im Hause nicht zu haben sei, und ich stellte daher neben diesem Antrag den weiteren Antrag, daß die verbündeten Regierungen aufgefordert werden mögen, von ihrer Befugnis bezüglich Anordnung des sanitären Arbeitstags mehr als bisher Gebrauch zu machen und Erhebungen nach dieser Richtung hin anzustellen. Dieser Antrag war also nicht ein Eventualantrag, sondern neben dem andern gestellt, und auch Herr Freiherr v. Hertling ist für denselben eingetreten.

Dah wir den Antrag auf Berücksichtigung dieser Petition in der Kommission und im Plenum nicht unterstützt haben, trotzdem wir eigentlich für Berücksichtigung sind, liegt eben nur daran, daß wir aus geschäftsordnungsmäßigen tatsächlichen Gründen der Ansicht sind, daß es wirksamer ist, wenn eine große Majorität des Reichstags sich auf den Beschluß einigt, die Petition der Regierung als Material zu überweisen. Wenn uns Herr Fischer das Geheimnis verraten könnte, wie wir den Bundesrat mit Erfolg in Bewegung setzen können, würde ich ihm sehr dankbar sein.

Abg. Fischer (Soc.):

Ich kann ja dem Abg. Hise nachfühlen, daß ihm die Gegenüberstellung, die ich vorgenommen habe, unangenehm ist, aber ich kann ihm zu Liebe doch nicht Thatsachen aus der Welt fällen. Die Widersprüche zwischen ihm und Herrn v. Hertling sind eben Thatsache und daran ändert nichts, daß sich jetzt Herr Hise für Herrn v. Hertling opfert und erklärt, er stehe auf dem Boden des abgezeichneten Hertlingschen Antrags. Wenn Herr Hise von mir verlangt, ich solle ihm sagen, wie er den Bundesrat veranlassen könne, seinen Wünschen Folge zu geben, so bringe ich mir doch nicht den Stoff des Centrums zu zerbrechen. Das Centrum weiß doch sonst seinen Wünschen Geltung zu verschaffen, und wenn es ihm in dieser Frage Ernst wäre, so würde es diesen Wunsch mit der Kraft seines ganzen großen parlamentarischen Schwergewichts betreiben und die Regierung zwingen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Unter großer Heiterkeit des Hauses nehmen die Abgg. Dr. Hise (C.) und Fischer (Soc.) noch je dreimal das Wort, um bei ihren Behauptungen stehen zu bleiben.

Hierauf wird die Diskussion geschlossen. Ueber die Petition wird dem Antrage der Kommission gemäß beschlossen. Die Petition wird der Regierung als Material überwiesen.

Hierauf verlegt sich das Haus. Präsident Graf v. Ballestrem teilt dem Hause mit, daß soeben von den Abgg. Deinhardt (natl.) und Gausen die folgende Interpellation eingebracht worden sei: „Die Unterzeichneten richten an die verbündeten Regierungen die Frage, bis zu welchem Zeitpunkt die Abänderung des bestehenden Weingesezes zu erwarten ist.“ Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Interpellation wegen der Abänderung des Weingesezes. Petitionen.) Schluß 5 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission.

In der Sitzung am Donnerstag sollte der vom Abg. Trimborn ausgearbeitete Bericht zur Vorlesung kommen. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellten die Socialdemokraten den Antrag, daß der Bericht auf die nächste Sitzung zurückgestellt werden sollte, da es unmöglich gewesen sei, das umfangreiche Aktenstück durchzusehen; den Mitgliedern war nämlich der Bericht am Morgen des vorhergehenden Tages zugestellt worden. Da die Mitglieder der Kommission sowohl durch die Verhandlungen in der Kommission als auch im Plenum des Reichstags den größten Teil des Tags hindurch in Anspruch genommen waren, so war es ihnen auch beim besten Willen nicht möglich, sich mit dem Inhalt des Berichts auch nur oberflächlich vertraut zu machen. Der socialdemokratische Antrag fand lebhaften Widerspruch. Nach längerer Beratung und nachdem die verschiedensten Vorschläge gemacht worden waren, verständigte sich die Kommission dahin, daß sofort in die Beratung eingetreten werden sollte, am Freitag jedoch etwaige weitere Bedenken noch zur Besprechung gebracht werden könnten. Bezeichnend war es, daß bei der nun folgenden Besprechung des Berichts zwar die Regierungsvertreter mehrere Anstellungen zu machen hatten, daß aber den Mitgliedern der Kommission, abgesehen von dem Vorsitzenden, auch nicht eine einzige Stelle im Bericht aufgefallen war. Schließlich machten die Socialdemokraten aufmerksam, daß es am besten wäre, wenn zugleich mit dem Bericht über das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz der über das Mantelgesetz ersichene, weil im Plenum das Mantelgesetz entweder zuerst zur Beratung kommen würde oder doch wenigstens bei der Stellungnahme zum Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz berücksichtigt werden müßte. Diesen Ausführungen wurde von der Kommission zugestimmt und beschlossen, daß der Bericht über das Mantelgesetz, der heute abend noch an die Kommissionsmitglieder gelangt, eben-

falls morgen schon zur Beratung kommen soll. In der nächsten Sitzung am Freitag sollen nun die von den Socialdemokraten etwa noch vorzubringenden Monita erledigt werden und damit die Beratung des Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetzes fortgesetzt werden.

Die Kommission zur Beratung der Seemanns-Ordnung.

Kam in ihrer Donnerstag-Sitzung über den § 4 nicht hinaus. Anlaß zu der die ganze Sitzung ausfüllenden Diskussion gab folgender socialdemokratischer Antrag: „Die Errichtung und Verwaltung von Seemannsämtern wird durch ein besonderes Reichsgesetz geregelt, das gleichzeitig ein Ober-Seemannsamt als Reichsbehörde einzusetzen hat. Bis zu dieser Regelung sind Seemannsämter innerhals des Reichs die Musterungsbehörden der einzelnen Bundesstaaten und im Auslande die Konsulate des Deutschen Reichs. Diejenigen Konsulate jedoch, welche Mitinhaber oder Agenten der Reedereien sind oder in sonstigen geschäftlichen Beziehungen zu denselben stehen, sind von der Wahrnehmung der Geschäfte eines Seemannsamts ausgeschlossen.“ Auf Wunsch der Antragsteller wurde der Antrag getrennt behandelt. Der erste Teil bezieht sich im wesentlichen auf die Seemannsämter im Inland und bezweckt die Befreiung des bestehenden Zustands, wonach die Seemannsämter den Landesbehörden unterstellt und deshalb in den verschiedenen Bundesstaaten verschiedenartig organisiert sind. Die Regierungsvertreter erklärten den ersten Teil des Antrags insoweit für unannehmbar, als dadurch die Seemannsämter in Reichs-Institutionen umgewandelt werden sollten. Soweit eine den Wünschen der Seeleute entgegenkommende organisatorische Regelung in Frage kommt, wurden prinzipielle Einwände von der Regierung nicht erhoben. In dieser Richtung bewegte sich auch die übrige Diskussion. Der erste Teil des socialdemokratischen Antrags wurde zurückgezogen und ein vom Abg. Schrader (fr. Vg.) gestellter Antrag angenommen, wonach dem § 4 die Bestimmung hinzugefügt wird, daß bei Verhandlungen in Strafsachen der Vertreter des Seemannsamts zwei sachverständige Zeußer hinzuzuziehen hat, wovon einer ein befahrener Schiffsmann sein oder gewesen sein muß.

Der zweite Antrag der Socialdemokraten wurde mit allen gegen die Stimmen der drei Antragsteller abgelehnt. Gegen eine Stimme wurde ein Antrag angenommen, welcher bezweckt, Kaufmännische Konsulate von Entscheidungen über Bekleidungen der Schiffsmannschaft über die Seetüchtigkeit des Schiffs und die Beschaffenheit des Proviants in solchen Fällen auszuschließen, wo es sich um ein Schiff handelt, an dessen Reederei sie selbst beteiligt sind oder an dem sie sonst ein persönliches Interesse haben.

Aus der Frauenbewegung.

Im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse sprach Fräulein Adele Schreiber über die Arbeiterin als Mutter. Die Rednerin legte dar, wie die kapitalistische Produktionsweise die Arbeiterin an der Erfüllung ihrer Mutterpflichten hindere, Mütter und Kinder schwer schädige. Sie betonte jedoch, auf den Jährlichen Internationalen Arbeiterkongress von 1897 verweisend, daß das Verbot der Arbeit verheirateter Frauen in der Großindustrie nur Verneinung der Heimarbeit, Ausdehnung des Konsums, Abhängigkeit der Frau vom Mann, Hemmung der geistigen und politischen Entwicklung der Frau erzielen würde.

Referentin stellte in Ergänzung des Jährlichen Programms, welches 44stündige wöchentliche Frauenarbeit, achtwöchentliche voll entschädigte Pause für Wöchnerinnen und Aufhebung der Gefinde-Ordnung verlangt, noch nachstehende Forderungen auf: Ausgedehnte Melonvolontariate für die Wöchnerinnen, Subvention von Müttern, die selbst stillen, Abgabe billiger, kontrollierter, sterilisierter Milch in Portionsflaschen, finanzielle Kruppen und Horte für die Kinder während der mütterlichen Arbeitszeit, Uffse für schomungsbedürftige Schwangere, namentlich für Unverheiratete, Heime für die vorübergehende Unterkunft von Kindern bei Erkrankung oder Rotlage der Mutter, Ueberwachung der Heimarbeit und die Anstellung weiblicher Inspektoren.

Die Rednerin schloß mit den Worten: Der Arbeiterin, welche allzulang ein williges Ausbeutungsojekt gewesen sei, müsse man nicht das Dichtervort zurnen: „Dienen lerne das Weib“, sondern: „Fordern lerne das Weib“, fordern für sich und für ihre Kinder. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag teilte die Vorsitzende mit, daß der nächste Vereinsabend am 7. Mai stattfinde und Herr Rechtsanwalt Victor Frankel neben einem Vortrag das Vereinsrecht der Frauen erläutern werde.

Socialdemokratischer Wahlverein f. den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 25. April, starb unser Mitglied Wilhelm Ragrotzki. Die Beerdigung findet Sonntag nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle am Urban nach dem Friedhof des Friedrichhof, Pappel-Allee, statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Unsern wahren Kollegen und Frauen Mitstreiter Emil Köppen zur silbernen Hochzeit unsere herzl. Gratulation! Wir hoffen, daß Du noch lange in unsern Reihen wirken mögest! Die Orchesterkommission.

Centralverein der Bildhauer Deutschlands. Am 25. d. M. verstarb nach langem, schweren Leiden unser langjähriges treues Mitglied der Steinbildhauer Max Saupe. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Verwaltungsstelle Berlin. Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, vom Städtischen Krankenhaus Roabit, Berenstr. 42/43 und nach dem Neuen St. Johannis-Kirchhof in Wilmersdorf statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler Filiale Berlin C. Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 29. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Berner, Silesienstr. 50. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom I. Quartal. 2. Verschiedene Kasseneingeleihen. Um zahlreiche und pünktliche Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige. Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unser Mitglied, der Maler [Name] am 23. April, nachmitt. 2 1/2 Uhr, im Krankenhaus „Roabit“ an Lungenerkrankung verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus Roabit aus auf dem Friedhof des Kirchhofes statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter (C. P., Hamburg) (Ortsverwaltung Berlin D.) Sonntag, den 29. d. M., vormittags 10 Uhr, im Lokal des Stromstr. 28, Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Kassenebericht vom I. Quartal 1900. 2. Wahl eines Kassenarschtes 3. Kasseneingeleihen. — Mitgliederbuch legitimiert! Um zahlreiche Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung. NB. Nächsten Dienstag findet seine Sprechstunde statt. 189/7

Emil Zaabel am 23. April, nachmitt. 2 1/2 Uhr, im Krankenhaus „Roabit“ an Lungenerkrankung verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag nachmittags 4 Uhr vom Krankenhaus Roabit aus auf dem Friedhof des Kirchhofes statt. Central-Arbeitsnachweis der Maler, Filiale II., Berlin.

Schultze, Wasserthorstr. 1/2, 1. Behandlung aller Haut-, Horn- und Blasenleiden ohne jegliche Beunruhigung. 3073L. Sprechstunden 9-2 u. 5-9. Donnerstagsvormittag keine Sprechstunde. Bei Vorlegung der Verbandskarte 10 Proz.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 27. April.

Cyrenhaus. Der Säulenstauer. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Der König von Rom. Anfang 7 1/2 Uhr.

Deutsches. Der Probefantast. Anfang 7 1/2 Uhr.

Leffing. Der Pöbeler von Rindfeld. Anfang 7 1/2 Uhr.

Berliner. Der Müllerbegier. Anfang 7 1/2 Uhr.

Neues. Im Gyl. Vorher: Frau Sonne. Anfang 7 1/2 Uhr.

Reichsh. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr.

Werke. Fra Davolo. Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller. Gebildete Menschen. Anfang 8 Uhr.

Thalia. Im Himmelhof. Anfang 7 1/2 Uhr.

Luisen. Wilhelm Tell. Anfang 8 Uhr.

Central. Berlin nach Elb. Anfang 7 1/2 Uhr.

Belle-Alliance. § 184. Anfang 8 Uhr.

Carl Weisk. Der Minenkönig von Transvaal. Anfang 8 Uhr.

Victoria. Die Girland-See. Anfang 8 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Meyer auf der Porzellan-Fabrik. Anfang 8 Uhr.

Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Die verkehrte Welt. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Im Reiche des Indra. Anfang 8 Uhr.

Colast. Spezialitäten-Vorstellung. Eine alte Geschichte. Anfang 8 Uhr.

Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

Vossige. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.

Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): „Von den Alpen zum Vesuv“

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Freitag, abends 8 Uhr: **Gebildete Menschen.** Soltschud in 3 Aufzügen von Victor Böm.

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Niobe.** Hierauf: **Der Diener zweier Herren.**

Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Des Meeres und der Liebe Wellen.**

Sonntag, abends 8 Uhr: **Die Ehre.**

Central-Theater

Theatru: José Forenczy. Durchschlagender **Vacherfolg**

Berlin nach Elb.

Große Ausstattungspasse. Die sensationellen Schlager: **Aufzug der Parfums.**

Eisenbahn-Quartett! O Cordula! Morgen u. folgende Tage: Berlin nach Elb.

Sonntag, den 29. April: Letzte Nachmittags-Vorstellung der Saison. Zu halb. Preisen. **Die Ackermaus.**

Metropol-Theater.

Schrenker 55/57. Direktion H. Schulz. **Nur noch bis 30. April**

Verkehrte Welt!

und das große **April-Specialität-Programm.**

Dienstag, den 1. Mai 1900: **Sam erstemale:**

Der Zauberer am Nil.

Große Ausstattungspasse. **Das vollständig neue brillante Mai-Specialitäten-Programm**

Anfang 8 Uhr. **Rauschen überlat gefaltet.**

Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstraße 132. Täglich: **Der Minenkönig von Transvaal.**

Anfang 8 Uhr. **Sonntagabends haben Gültigkeit.** **Ohm Krüger:** Direktor Carl Weiss. Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert. Sonntagmorgen 3 Uhr zu halb. Preisen: **Preciosa.**

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16. **Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:** **Theater-Vorstellung.**

Der Wirrwarr.

Kofe mit Orchest in 5 Akten von **Reuber.** **Nach der Vorstellung:** **Tanzkränzchen.**

Urania

Taubenstraße 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „**Von den Alpen zum Vesuv**“

Invalidenstr. 57/62: **Tägl. Sternwarte.** Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.

9 Uhr früh bis 10 Uhr abends. **Nur noch kurze Zeit: 35 Togo-Neger** Vorstellungen stündlich.

Passage-Theater: Vorstellung von 7-10 1/2 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM

Original-italienische **Sänger- u. Konzert-Gesellschaft „Colombo“.** Die neuen sensationellen **lebenden Photographien.**

Stiergesecht. — Mann über Bord. — Stapellauf eines modernen Schlachtschiffes. — Baby-Wäsche u. v. a. m. **Joubert? — Krüger. — Cronje.**

Thalia-Theater.

Tel. Amt 1/1a 6440. Dresdenstr. 72/73. **Blitzlichte Aufführung vor der Abreise nach Hamburg.**

Im Himmelhof. Thomas, Thelcher, Heimweid, Juntermann, Paulmüller. Anfang 7 1/2 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung. **Montag, den 30. April: Letzte Himmelhof-Aufführung in dieser Saison.** Benefiz für Guido Thelcher. **Im Himmelhof.** **Witt. Schwärmer . . . G. Thelcher.**

Apollo-Theater.

Im Reiche des Indra

Consuela Tortajada

Grotchen Reutter sowie das **vorzügl. April-Programm.**

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Vorverkauf täglich von 10-2 Uhr sowie beim Invalidendank und Künstlerdank.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. **Wiederholend in jeder Woche den ersten und zweiten Teil des ersten und zweiten Spezialitäten-Kunst-Specialitäten.** **Reue Niesen-Programm.** **Berlin amüsiert sich.**

Fritzi Desrée. **Stimmen und Phantasie-Tänzerin.** **Die modernen Zimons.** **Die mysteriösen Gesanten.** Um 8 1/2 Uhr: **Direktor Winkler** in dem aktuellen Charakterbild **Eine alte Geschichte.** Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr. **Entrée 50 Pf.** **Billet-Vorverkauf von 11-1 Uhr.** **Sonnabend nach der Vorstellung: Familien-Frei-Tanz.**

Victoria-Theater.

Alexanderplatz. Abends 8 Uhr: **Die Circus-Fee.** Große Operette.

Reichshallen.

Täglich: **Stettiner Sänger**

Anfang: **Wochentags 8 Uhr.** **Sonntags 7 Uhr.** **Entrée 50 Pfennig.** **Vorverkauf 40 Pf.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. **Freitag und Sonnabend: Keine Vorstellung.** **Sonntag, den 29. April: Hoffmanns Norddeutsche Sänger-Große Extra-Vorstellung** **Schluss der Winter-Saison.** **Nach der Entrée: Tanzkränzchen.**

Belle-Alliance-Theater.

§ 184. **Schwank in 3 Akt. v. Ralph Gobbins.** **Anfang 8 Uhr.** **Morgen u. folgende Tage: § 184.**

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3. **Ginzig in feiner Art.** **Ohne jede Konfurrenz.** **Billigste Familien-Unterhaltung.** **Wochent. abends 8 Uhr freies Entrée.**

Massen-Konzerte. **Walten. Janitscharen-Bande Rocca.** **Direktor Alpenländer Mikael Höpp.** **Romanisches Orchester Saker.** **Schweizerische Dancapelle Hängard.** **Theater-Abteilung: Abends 7 1/2 Uhr.**

Fahrräder.

Stets großes Lager **erhaltener Fabrikate auf Teilzahl.** **ohne Preisermäßigung zu den constant Zahl.** **Beding. Katal. gratis** **Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.**

Adomeit & Landau **Lothringerstraße 48 I.** **Dicht am Rosenthaler Thor.**

Bauhandwerker-Krankenkasse

für Berlin und Umgegend (Eing. Hilfskasse 118) **Mitglieder = Versammlung**

am Sonntag, den 29. April, vormittags 10 Uhr, im Lokal des **Herrn Schulz, früher Anst. Grenadierstr. 33.**

Tages-Ordnung: **1. Abrechnung des Kassierers vom 1. Quartal 1900 sowie Revisionbericht.** **2. Stellungnahme zum Herjedervertrag.** **3. Wichtige Kassengeschäfte.** **Mitgliedsbuch legitimiert. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.** **Der Vorstand.**

Arbeiter u. Arbeiterinnen der Anilinbranche.

Freitag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, in der „**Drachenburg**“, vor dem Schloßlichen Thor: **Öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung: **1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Fritz Zabell über Die Jubiläumsgesetz-Novelle.** **2. Diskussion.** **3. Berichtsbearb.** **7058** **Die Vertrauensperson: E. Frode, Eisenbahnstr. 31.**

Steinarbeiter.

Am Sonntag, den 29. April, vormittags 11 Uhr, im Lokal „**Englischer Garten**“, **Alexanderstr. 27c:** **Innungs-Gesellen-Versammlung.**

Tages-Ordnung: **1. Besprechung und Beratung der vereinbarten Stützen.** **2. Wahl eines Erfassmanns zum Gesellen-Rundlauf.** **172/14** **Um pünktliches Erscheinen ersucht** **Der Altgeselle.**

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie beschäftigt. **Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.** **Zahlstelle Berlin.** **Sonntag, 29. April, nachmittags 1 Uhr, in der „Urania“, Taubenstraße 48/49:** **Urania-Vorstellung.** **Vortrag: Von den Alpen zum Vesuv.** **Eröffnung der Nacht-Säle um 1 Uhr.** **Anfang der Vorstellung um 2 Uhr.** **Billet à 60 Pf. inkl. Garderobe sind noch in den Zahlstellen sowie in unserer Bureau, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 22, zu haben.** **21/2** **Zustreichenden Besuch erwartet** **Die Crösverwaltung.**

Urania-Vorstellung.

Vortrag: **Von den Alpen zum Vesuv.** **Eröffnung der Nacht-Säle um 1 Uhr.** **Anfang der Vorstellung um 2 Uhr.** **Billet à 60 Pf. inkl. Garderobe sind noch in den Zahlstellen sowie in unserer Bureau, Engel-Ufer 15, II, Zimmer 22, zu haben.** **21/2** **Zustreichenden Besuch erwartet** **Die Crösverwaltung.**

Unsinn ist Viel Geld

für Hüte angegeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (57882)

Knabenstühle 1-3 M. **Herrenstühle, weich 1,75-5,50** **fest 2,00-5,50** **Cylinderhüte 4,00-11,00** **Chapeaux claque 8,00-10,00** **im Einzelverkauf bei** **Arnold & Eggert** **Gut-Engros-Geschäft Waldemarstr. 44. part. Kein Laden.**

Natur-Heilverfahren.

Sant. Darm- u. Blasenleiden. **Frauen-Krankheit.** **heilt über ohne Benützung (50782)** **R. Wagner, (fr. Wallstraße 23.)** **9-2, 5-9, Sonntags 9-2.**

Charlottenburg.

H. Schmerberg (40922) **Wilmersdorfer-Strasse 127,** **Uhrmacher und Goldarbeiter.** **Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu außerst billigen Preisen.** **Optische Artikel, Ohrlöcher werden schmerzlos gebohrt u**

Schweizer Garten

Am Königsthor. — Galtchelle der Ringbahn. — Am Friedrichshahn. **Jeden Sonntag: Grosses Garten-Konzert** **von der Hauskapelle und (44612)** **Specialitäten-Vorstellung.** **Volksbelustigungen** **Im großen Saal** **aller Art.** **Ball.** **Anfang 4 Uhr.** **Von Pfingsten ab täglich: Konzert und Vorstellung.** **Entrée 30 Pf.**

Achtung! Elektromonteur. Achtung!

Sonnabend, 28. April, abends 8 Uhr, in Feuersteins oberem Saal, **Alte Jakobstr. 75:** **Öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung: **1. Vortrag des Herrn Dr. Ciskan, Direktor der Eisenbahn-Verwaltung für Elektrotechnik, Kommunal-anstalt, Tsch. über: „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Elektrotechnik.“** **2. Diskussion.** **Bei der hohen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Kollegen, vollständig und pünktlich zu erscheinen.** **J. A.: Franz Abraham, Wilmersdorferstr. 1.** **267/3**

Achtung! Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 29. April, mittags 12 Uhr, im **Ruinenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:** **Gr. öffentliche Versammlung.**

Tages-Ordnung: **1. Die Forderung unserer Lohnbewegung und wie gebeten die Kollegen in diesem Frühjahr vorzugehen? Hierfür Kollege Noack.** **2. Diskussion.** **3. Die Handlungsweise einiger Kollegen. 4. Berichtsbearb.** **Jahresbericht des Vorstands.** **Die Lohnkommission. J. A.: W. Noack.** **30/3**

Arbeiter Berlins!

Ben den Hirschenwälder Cigarrenfabrikanten haben die nachfolgenden die Lohnforderungen der Arbeiter bes willigt: **H. Sporn, Dietrich (Hans) Nachl., K. Weigel, R. Kläber, W. Enigk, O. Wessly, R. Reinke, G. Franz, F. König, H. Müller, A. Kurras.** **Die Kommission der Berliner Tabakarbeiter.** **ermöglichen jedermann, zu jeder Zeit eine gute sparsame Küche. Zu haben bei Witwe Antonie Schneege, N. Reinickendorferstrasse 42a.**

Gluten-Kakao **Gemüse- und Kraftsuppen** **Couillon-Kapseln** **Suppen-Würze**

MAGGI

Deutsche Schuh-Fabrik **vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.** **Grfurt-Ilversgehofen**

Renommiertes Fabrikat. **Beste Zuthaten.**

Wir empfehlen: **Herren-Zugstiefel, gewalbt, Spezialität . . . 7 M.** **„ „ ohne Nahl, Spiegel 8,50 M.** **„ „ Seib u. Knopfschneidung 3,00, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.** **„ „ Agrarstiefel, Seib, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.** **„ „ Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Breitenlagen.** **Arbeitschuhe, rechl. solid, tragf. 4,50 bis 6,50 M.** **Schaffstiefel, Reitstiefel.** **Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.** **„ „ Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Seib u. Kappe, von 5,50 M. an.** **„ „ Schnürschuhe von 3,50 M. an.** **„ „ Hausschuhe von 3,00 M. an.** **Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, änderst solid gearbeitet.** **zu anerkannt sehr billigen Preisen.** **Ballschuhe in den verschiedensten Dessins von 2,50 M. an.** **Größte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen, sowie Pantoffeln in allen Breitenlagen.** **Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen angestempelt, daher jede Ueberschneidung ausgeschlossen.** (40072)

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102. **W. Schillstraße 12.** **Zeitlin, Reifschlagerstraße 14.** **Hannover, Ringstraße 7a.** **Hamburg, Steinstraße 16.** **Bremen, Janitscharenstr. 5.** **Düsseldorf, Schadowstraße 57.**

Köln a. Rh., Elgshelm 68. **Frankfurt a. M., Dieffenstr. 26.** **Heil 67.** **München, Sendlingerstraße 10.** **Dachaustraße 83.** **Randolfsbergstraße 7.** **Quandstraße 32.** **Amalienstr. 23.**

Allerweltsfreund

wagenhöf. kräftiger Spezial-Blauer, gr. Champagner, inkl. 1,25 M. nur **110 Brunnenstraße 110** (neben dem Strahlenbahn-Depot) **bei Ignatz Sello.** Ferner fischen **Wairant, 1/2 M. inkl. 50 Pf.** **alten Nordhäuser per Liter 50 Pf.** **Stonsdorfer inkl. 40 Pf. (7/8 Liter) a 80 Pf.** **Gold und Gold, feine Champagner-Bl. inkl. 90 Pf.** **Simbeer, Rivis, re. Zäfte, reich und gut einget., per Liter 1,10 M.** **fische Ungarwein, 2/3 Liter) von 90 Pf. an.** **so wie franz. Wein, Cognac, Rum Liqueure im Einzelverkauf, auch eingekauft nur zu Engrospreisen.** **Billigste Bezugsquelle.** **45142** **110 Brunnenstraße 110.** **Titel: Kastanien-Allee 27.**

Falbe

44 Elsassstr. 44 (am Dampfenburger Thor). **Behandl. aller Haut-, Horn- u. Blasenleiden ohne Benützung kühn, ohne schäd. Mittel u. Olfte.** **Strich 9 morgens bis 9 abends, Sonntag u. Donnerst. tag 9-3.** **45112** **Bei Besichtigung der Verbandskarten 10 Pf.**

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik

Waldenstraße, Berlin, W., **Reinigungs-Str. 46, vertritt gegen Nachahmer genau sein Bettfedern u. 2/3 M. 50 Pf. einjährige Goldbären u. 2/3 M. 1,20, bessere Goldbären u. 2/3 M. 1,75, vorzügliche Danner u. 2/3 M. 2,25.** **— Von diesen Danner gründen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verordn. frei. Preis u. Beden gratis. Bitte Anfertigungsgr.**

Haut- und Harn-Leiden

ohne schädliche Mittel **E. Herrmann, Apotheker, Georgenfirch-Platz Nr. 21.** **Gründl. 10-1 1/2 u. 5-3.**

Möbel

verleihen gewasene und neue, Hausend billig. 44102* **Zeltzahlung gestattet.** **Neue Königstraße 59.**

2 M. u. 2 M. an **Zeltzahlung gestattet.** **Reparatur in 2 Stunden.** **Pfombieren, Zahnziehen.** **Erkrankungen 3-8, Sonntags 8-1.** **Blumenstraße 25.** **H. Lange, Ede Marktstraße.**

Buchhandlung „Vorwärts“.

Für Dampferpartien und Ausflüge! „Zum Sportshaus“ in Ziegenhals bei Zeuthen. Neu eröffnet! Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampferhoch! Vereine und Gesellschaften bitte recht zeitig anmelden. - Jede Kutschfahrt, auch per Telefon, berechnungslos. Hugo Engel, Berlin O., Teltowstr. 87. Tel.: Amt VII, 3242.

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teilw. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigstr. 130. Sprechst. 9-7.

3. Ziehung d. A. Klasse 202. Rgl. Preuss. Lotterie. Ziehung am 26. April 1900, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Sperrfeldern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

Table of lottery results for the 3rd drawing of the A-Class 202. It lists various prize amounts and winning numbers, such as 115 304 45 210 55 623 746 831 (3000) and 115 304 45 210 55 623 746 831 (3000).

3. Ziehung d. A. Klasse 202. Rgl. Preuss. Lotterie. Ziehung am 26. April 1900, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Sperrfeldern beigefügt. (Ohne Gewähr.)

Table of lottery results for the 3rd drawing of the A-Class 202. It lists various prize amounts and winning numbers, such as 35 105 43 222 (1000) and 35 105 43 222 (1000).

Oscar Arnold, Hut-Engroslager nur Dresdenerstr. 116.



Herrenhüte, weib. ... 1.50 2.- 2.50 3.- 3.50 4.- Mk. ... Cylinderrhüte ... 1.- 1.25 1.50 1.75 2.- 2.50 ... Herrenhüte ... 1.- 1.25 1.50 1.75 2.- 2.50 ... Kinderhüte ... 0.50 0.75 1.00 1.25 bis 3 ... Ledenhüte, Jagdhüte, Turnhüte etc.

Ebelings Restaurant (früher in Schöneiche) jetzt Schönhauser Allee 56. Bitte die Berliner Genossen nicht auch hier mit ihrem Besuch zu beehren. Vereinszimmer mit Pianino steht zur Verfügung. Telefon Amt III, 8165.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anrechnung frei! Ohne Zweifel die beste und wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 3 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. Indolol. Sanfterhalt.) Dr. H. Unger in Würzburg. Hauptdepot in Berlin (20 Pf.) Salomon-Apothek, Charlottenstraße 10. Filialdepot: Schützen-Apothek, Stuttgart; Fisch-Apothek, Breslau; Victoria-Apothek.

Verkäufe. Restauration mit kleinem Saal und Garten, gutgehend, Norden Berlin, sofort zu verkaufen. ... Verkauf 6 Korben Wald, Baumholz, im Bezirk von Gauenitz, mit Ackerland, die Gute 15 Hektar, halbe Umfassung, auch 1/2 Korben für 1000 Mark, halbe Umfassung, 60 Meter Strohhalm, Holz, Bepflanzung, Steinbrunn. ... Gärtnerei, gutgehend, am Silesienpark, 25-40 Hektar, Verkauf Sonnabend und Sonntag. ... Gärtnerei, gutgehend, am Silesienpark, 25-40 Hektar, Verkauf Sonnabend und Sonntag. ... Gärtnerei, gutgehend, am Silesienpark, 25-40 Hektar, Verkauf Sonnabend und Sonntag.

Kleine Anzeigen. Vereinzimmer. 10 Personen fassend, ist noch einige Tage zu vergeben. ... Elektrotechnik. Blitzschutz, 2. Mai, beginnt neuer fünfmonatlicher Abendkurs. ... „Zatur“. Jeder der den „Zatur“ in letztem gerechten Kampfe gegen die Politik / Konfessionen unterstützen will, kauft dieses wichtige Heftblatt. ... Angulaband. Schnittdraht 60, jeder Art für sämtliche Kranen. ... Ihre repariert Wilhelm Glade, Uhrmacher, Potsdamerstr. 45. ... Möbel, alte, Schloßpark, Kaufmann, Antamerstraße 30. ... Wenerkerlons, Brochhaus, Bremen und andere wissenschaftliche Bücher kauft und befreit Antiquariat Buchhandlung 56 L. ... Empfehle mein Weiss- und Bierschiff Bier. ... Vereinzimmer im Pianino (2100), Straußenstraße 18.

Arbeitsmarkt. Gebilde Maschinisten auf Buchstaben finden dauernde Beschäftigung bei Carl Gustav Radt, Prinzenstraße 32. ... Vermietungen. Mietsgesuche. Schlafstellen. Reanderstraße 24, Hof IV, Schlafstelle, Herren, Schütz. ... Kleines Schlafstübchen, Herr oder Dame, separater Eingang, Monat 6.00, Große Frankfurterstraße 75, erstes Durchgangshaus II bei Theie. ... Stellenangebote. Gebilde Maschinisten auf Buchstaben finden dauernde Beschäftigung bei Carl Gustav Radt, Prinzenstraße 32.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Buchhändler bis 4 Uhr angenommen. ... Verkauft. Kleines Schlafstübchen, Herr oder Dame, separater Eingang, Monat 6.00, Große Frankfurterstraße 75, erstes Durchgangshaus II bei Theie. ... Vermietungen. Mietsgesuche. Schlafstellen. Reanderstraße 24, Hof IV, Schlafstelle, Herren, Schütz. ... Kleines Schlafstübchen, Herr oder Dame, separater Eingang, Monat 6.00, Große Frankfurterstraße 75, erstes Durchgangshaus II bei Theie. ... Stellenangebote. Gebilde Maschinisten auf Buchstaben finden dauernde Beschäftigung bei Carl Gustav Radt, Prinzenstraße 32.

Partei-Nachrichten.

Das Mandat in Mülhausen. Genosse Suez hat dem Reichstoge angezeigt, daß er sein Mandat für den Wahlkreis Mülhausen i. Elsaß niederlege. Der Wahlkreis ist seit 1890 in unsern Händen. Mit 9749 gegen 5478 Stimmen wurde 1890 Genosse G. Hidel gewählt. Genosse Suez wurde 1893 als sein Nachfolger mit 12158 gegen 9797 eltsässische Stimmen gewählt und behauptete 1898 den Kreis mit 18 610 Stimmen gegen 8052 eltsässische und 1761 nationalliberale. Demnach dürfte, wenn die Parteigenossen auf dem Posten sind, der Kreis der Partei erhalten bleiben.

Arbeiter-Sekretariate. Verächtlich wird uns noch mitgeteilt, daß die Adresse des Arbeiter-Sekretariats in Weuthen seit dem 1. d. Mts. Schieffhausstr. 6 ist.

Politikales, Gerichtliches usw.

In 20 M. Geldstrafe wurde der Redacteur der „Rangenburgischen Volksstimme“, Genosse Haupt, verurteilt, weil er durch Abdruck einer kleinen Skizze, „Eine anständige Frau“, den § 184 des Strafgesetzbuchs verletzt haben soll.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Bildungsschule. Neue Roststr. 3, heute abend 9 Uhr Beginn der Unterricht in Geschichte (Kultur- und Kunstgeschichte im neunzehnten Jahrhundert); Vortragender Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner. Die Bibliothek ist von 8-9 Uhr geöffnet. In zahlreichem Besuch ladet ein Der Vorstand.

Brig. Der Volks-Bildungsverein hält am Freitag 8 1/2 Uhr bei Dorn seine Generalversammlung ab. In derselben spricht Genosse Dr. Silberstein über Alkoholisimus.

Ober-Schönweide. In der am Samstag 8 1/2 Uhr bei Frau Wilhelminenhofstr. 4 stattfindende Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins hält Genosse Adolf Hoffmann einen Vortrag: „Glaube und Vernunft“.

Tokales.

Die Rotundenfrauen. Mit Ausnahme einer geringen Anzahl vom Magistrat errichteter „Rotunden“, die zum Teil auch nur im Sommer geöffnet sind, befinden sich diese Bedürfnisanstalten völlig in privaten Händen. Ihre Inhaber sind ein Herr Proy und die Geschwister Dirschberg und von Aken. Nicht allzu glücklich sind die Wärterinnen in diesen Anstalten daran. Morgens Uhr sieben müssen die Frauen zur Stelle sein und abends 11 Uhr verlassen sie die Anstalt erst verlassen. Das ist ein sechzehnständiger Arbeitstag, für den es monatlich 42 M. Lohn gibt, das heißt nach Abzug von einer Part. Krankenlosenbeitrag für den Arbeitstag 1 M. 36 Pf. und für die Arbeitsstunde 8 1/2 Pf. Nur an wenigen lebhaften Straßen, wie Spittelmarkt etc., ist zwölfständiger Schichtwechsel üblich.

Während Herr Proy den Frauen alle Monat wenigstens einen freien Tag gewährt, bannen die Herren Dirschberg und v. Aken ihre Angestellten munterbrochen an die Arbeit. Wenn eine Wärterin einmal unbedingt einen Tag für sich haben muß, so hat sie 1 M. und 40 Pf. für Vertretung zu entrichten. Bei diesen Herren sind die Frauen ferner gehalten, jeden dritten Tag das vereinbarte Geld an die Centrale abzuliefern, was ebenfalls eine halbe oder dreiviertel Stunde Zeit beansprucht. Herr Proy hingegen läßt das Geld abholen und übernimmt auch die Reinigung der Handtücher, während die andre Firma auch diese Arbeit den Frauen aufbürdet.

An beiden Stellen können die Angestellten, trotzdem sie nur allmonatlich ihren Lohn erhalten, jeden Tag entlassen werden. Ihre Beschäftigung ist dadurch noch besonders schwierig, daß sie die Stellen nicht verlassen können und gezwungen sind, sich ihre Nahrungsmittel von anderen Leuten besorgen zu lassen. Sehr gesundheitschädlich ist der elche Geruch in den Rotunden, der wesentlich darin seine Ursache hat, daß in den Freizeiten für Frauen keine Spülung angedacht ist. Trinkgeld in den Anstalten ist selten, eine Nebenarbeit zu betreiben unmöglich. Sogar der städtischen Verwaltung, die den Unternehmern die öffentlichen Plätze zur Verfügung stellt, wäre es, bei nächster Gelegenheit dafür zu sorgen, daß die Lage der Wärterinnen in den Rotunden sich endlich menschenwürdiger gestalte.

Unsre Mitteilung über die ablehnende Haltung des Magistrats in der Frage, ob dem Stadtratsordnen-Vorsteher Dr. Langerhans gelegentlich seines 80. Geburtstags das Ehrenbürgerrecht verliehen werden soll, wird im „Berliner Tageblatt“ mit lommischer Eifer für unrichtig erklärt. Es habe weder eine Anregung noch eine Besprechung stattgefunden. Ein Antrag auf Erteilung des Ehrenbürgerrechts würde im Magistrat ungewisselhaft einstimmig angenommen werden.

Die „Berliner Zeitung“ hingegen schreibt zu unsrer Meldung: „Die Mitteilung ist richtig. Unter der Hand wird allerdings die Richtigkeit der Meldung bestritten. Mit Unrecht. Es mag sein, daß es sich noch nicht um eine formelle Beschlußfassung gehandelt hat, sondern vielmehr um eine freie Ansprache. Aber die Stimmung im Magistrat ist dieser Erörung des hochverdienten alten Vangerhans offenbar abgeneigt, trotz des Eintretens des Herrn Oberbürgermeisters für den naheliegenden Gedanken, Vangerhans zum Ehrenbürger zu machen. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß das lebhaft und erfreulicherweise erfolgreiche Eintreten des Herrn Dr. Vangerhans für die Wahl des Herrn Brinkmann zum Bürgermeister ihm den Groll der Magistratsmitglieder zugezogen habe, die bekanntlich mit einer einzigen Ausnahme die Sache des Herrn Weinbrin zu der ihrigen gemacht hatten.“

Die „Volls-Zig.“ begleitet unsre Meldung mit folgender Note: „Die Stadt Berlin, die schon die reaktionärsten Minister und Militärs, welche um das lommunale Leben der Hauptstadt sich nicht in geringsten bekümmert haben, zu Ehrenbürger ernannt hat, versagt die Bürgerkrone einem Manne, der jahrzehntelang in treuer lommunaler Pflichterfüllung seinen Mitbürgern vorangeleuchtet hat! Freilich ist die Verweigerung des Ehrenbürgerrechts die durchaus passende Rechtsseite der Medaille, auf deren andre Seite das Wort Hygancinismus steht. Vielleicht hat man sich auch gestrichelt, durch die Ehrung des Stadtratsordnen-Vorstehers in unerlaubter Weise die Revolution zu verherrlichen.“ Dem Dr. Vangerhans hat an dem kritischen Tage des Jahres 1848 allerdings auf der Barrikade gestanden. Und wenn ihn damals nicht die Regeln der Soldaten erreichten, warum sollen nicht 53 Jahre später die Neubürger des Magistrats ausrufen: „Steinigt ihn!“

Bedeutende Erfindung im Fernsprechwesen. Der Staats-Sekretär v. Poddelski hat sich gestern in Verfassung der Reichs-Telegraphie eine Erfindung vorführen lassen, die vornehmlich darauf beruht, eine erhebliche Verbesserung des Fernsprechkennzeichens herbeizuführen. Es handelt sich um einen „Telephonographen“, eine Kombination des Telephons mit einem neu konstruierten magnetischen Phonographen, die es ermöglicht, Ferngespräche, auch solche, die in Abwesenheit des Empfängers aufgegeben werden, durch magnetische Einwirkungen derart festzuhalten, daß sie später beliebig oft wieder abgehört werden können. Die Bedeutung der aus Danemark kommenden Erfindung erstreckt sich indes weit über dieses Anwendungsbereich hinaus. Durch die Verwendung der Magneto-phonographie wird es möglich, die Wirkung des vorher fixierten Schallbildes zu multiplizieren, die Laute zu verstärken, sodas bei Ein-

schaltung solcher Multiplikatoren die Fernsprechnetze weit über das bis jetzt mit Erfolg erreichbare Maß ausgedehnt werden können. Ein Hauptvorteil des neuen Systems besteht ferner darin, daß es die gleichzeitige Leitung mehrerer Ferngespräche mittels des selben Drahtes zuläßt. Außer dem Staatssekretär des Reichs-Postamts, dem Ministerialdirektor Sydow und andren höheren Beamten der Postverwaltung, waren Geh. Regierungsrat Professor Schlaß sowie als Repräsentant der in Bildung begriffenen Deutschen Telephonographen-Gesellschaft Direktor Genest bei der interessanten Vorführung, die Professor Dr. Stredker leitete, anwesend. In amtlichen und technischen Kreisen wird der Erfindung eine große Bedeutung beigegeben.

Mit der schon vor einiger Zeit angekündigten Vertierung der Milch für Berlin scheint es nun Ernst werden zu wollen. In diesen Tagen ist von einem Komitee, dem der Landtags-Abgeordnete Ring-Düppel angehört, ein Rundschreiben an die Milchwirtschaften versandt worden, worin ausgedrückt wird, daß zu den bisherigen Preisen unmöglich weiterhin nach Berlin geliefert werden könne. Infolge der Unetenot, die den Mangel an Betriebspersonal für die Milchwirtschaft im Gefolge habe, und durch die Schädigungen infolge der Maul- und Klauenseuche sei die Milchwirtschaft das am wenigsten lohnende Geschäft geworden. Nach Berlin würden täglich rund 600 000 Liter Milch von Besitzern bis auf eine Entfernung von 120 Kilometer hin im Umkreise geliefert. Diese erhielten im Durchschnitt 10 1/2 bis 11 1/2 Pf. für das Liter frei Berlin. Nach genauer Berechnung koste den Produzenten die Milch 13-15 Pf. das Liter. Um diesen Preis auch bei den Abnehmern zu erzielen, sei eine Verbindung der Milchproduzenten unerlässlich. Es soll nun in den nächsten Tagen in Berlin eine Versammlung der Milchproduzenten zusammen treten, um eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu bilden. In den Kreisen der Milchhändler hat diese Nachricht alarmierend gewirkt. Die Milchhändlervereine haben beschlossen, sofort einen Verband der Milchhändlervereine für Berlin und Umgegend ins Leben zu rufen, um einer Steigerung der Einkaufspreise entgegen zu wirken.

Die Berliner Sanitätswachen haben im Jahr 1897/98 aus städtischen Mitteln im ganzen 38 221 M. als Unterstühungen in Beiträgen von 450 bis 3500 M. erhalten. In den 15 Sanitätswachen und durch die nächsten Sanitätshäuser bezw. den Verzechnisweises bei Nacht sind im Berichtsjahr 6949 Fälle zur Behandlung gekommen, davon 4711 in den Wochentagen, 1841 erforderten medizinische Hilfe, 196 geburtschifliche, 3866 waren chirurgischer Natur. In 14 Fällen wurde nur der Tod konstatiert, 20 Fälle wurden als Selbstmordfälle bezeichnet. Die Gesamtkosten der Wachen und Sanitätshäuser haben 76 410 M. betragen. Von sechs Sanitätswachen und dem Verzechnisweises bei Nacht wird angegeben, daß unter den 8259 Fällen ihrer Wirksamkeit in 1498 unentgeltliche Hilfe geleistet wurde.

Drei Personen beim Abbruch eines Hauses verunglückt. Die Firma Jandorf & Co. hat das in der Großen Frankfurterstraße 113, an der Ecke der Andreasstraße belegene große Haus angekauft, um dort einen Neubau zu einem Warenhaus zu errichten. Die Niederlegung des alten Gebäudes hat die Firma Kosaliz aus der Grefenwallstraße übernommen. Der Abriß wird, wie die bei demselben beschäftigten Arbeiter behaupten, sehr beschleunigt und sind die Abbrucharbeiten bereits bis zum ersten Stock ausgeführt. Gestern früh waren nun mehrere Arbeiter damit beschäftigt, den etwa drei Meter hohen massiven Gipskeiler des ersten Stocks zu beseitigen. Anstatt nun solche Pfeiler vorschriftsmäßig abzutragen, werden dieselben vielfach mittels eines Drahtseils einfach umgezogen, um dadurch Zeit zu ersparen. So war es auch an diesem Abbruch vor einigen Tagen mit dem Gipskeiler des zweiten Stocks geschehen, und schon damals war es nur einem Zufall zuzuschreiben, daß der umstürzende Pfeiler nicht die Balkenlage durchschlug und so Menschenleben gefährdete. Auch gestern suchten die Arbeiter den Gipskeiler des ersten Stockwerks wieder auf diese Art zu entfernen. Er wurde unten mittels Brechstangen gelodert, durchschlug aber beim Fallen die sogenannten Wechselbalken, so daß die Balkenlage des ersten Stocks samt der Decke in die Tiefe gerissen wurde. Die Arbeiter Otto, Lemke und Henrich stürzten nach und wurden teilweise unter den Trümmern begraben. Da auch ein Teil der Wand nach der Straße hin fiel und hier das über dem Trottoir befindliche Schupfach durchschlug, so wurde unter den Straßenpassanten die Behauptung laut, daß hier Personen verdrückt seien, woshalb sogleich die Feuerwehr herbeigerufen wurde, die die Trümmer beseitigte, ohne glücklicherweise auf Verunglückte zu stoßen. Schon vor ihrer Ankunft waren die vorher bezeichneter Arbeiter durch ihre Kameraden befreit. Alle drei waren schlimm zugerichtet. Sie bluteten aus Mund und Nase, doch vermochten Otto und Lemke selbst noch nach der Unfallstation zu gehen. Sie scheinen weniger schwer verletzt zu sein als Henrich, der zwei Armbrüche und anscheinend auch innere Verletzungen davontrug, so daß er mittels Krankenwagen nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden mußte. Ob dem Volker, der den Abriß leitete, eine Schuld an dem Unfall trifft, muß die Untersuchung erst ergehen.

Gegen den Extrablatt-Schwindel, der in letzter Zeit so großen Umfang angenommen hat, geht die Polizei jetzt energisch vor. Remerding werden die Personalien derjenigen Händler, die durch das übermäßig laute Auspreisen ihrer „Neuesten vom Kriegsschauplatz“ sich bemerkbar machen, festgestellt und mit Strafmandaten wegen groben Unfugs bedacht. Ob es gelingen wird, in dieser Weise dem Extrablatt-Schwindel entgegenzutreten, erscheint allerdings zweifelhaft. Am besten wäre es, das Publikum ließe sich durch die bisherigen Erfahrungen gewarnt, auf den bekannten Schwindel nicht mehr ein.

Ein schwerer Fahrschulfall ereignete sich gestern mittag Köpnickstr. 55. Auf dem umfangreichen Neubau sind mehrere elektrische betriebene Fahrschule eingerichtet, deren Aufstellung die „Union“ besorgte. Gestern war nun ein Monteur mit mehreren Arbeitern dabei, einen neuen Fahrschul auf seine Funktionierung zu prüfen. Zweimal war man schon in die Höhe gefahren, als beim drittenmal der Fahrschul plötzlich verriegelte. Durch einen unglücklichen Zufall wurde der Arbeiter Ernst Altem auf die Seite geschleudert und zwischen Wand und Fahrschul festgeklemmt. In dieser Lage mußte er verharren, bis die alarmierte Feuerwehr ihn befreite. Seine Verletzungen erwiesen sich als so schwere, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte.

Auffsehen verursacht im Nordosten der Stadt die vor mehreren Tagen erfolgte Verhaftung des Kaufmanns M. wegen Sittlichkeitsvergehen. Der Festgenommene, ein Mann von 60 Jahren, der verheiratet ist und erwachsene Kinder besitzt, wird beschuldigt, sich an Schulmädchen, die in seinem Geschäft Einkäufe machten, vergangen zu haben.

In der Schwabener Mordsache hat man neuerdings einige dem Sohne und dem Ehemann der Ermordeten gehörige Kleidungsstücke beschlagnahmt. Es sind an diesen Kleidungsstücken rote Flecke entdeckt worden, deren Beschaffenheit auf chemischem Wege geprüft werden soll. Wie bereits früher berichtet, lebten an den Strümpfen der ermordeten Frau Wälsch von Haaren. Jetzt wurden dem Hofhund der Grafins Haare abgeschnitten, um diese mit den bei der Leiche gefundenen zu vergleichen. Auf den Sohn der Ermordeten, einen jungen Menschen von 15 Jahren, ist die Aufmerksamkeit der Behörden durch die Thatsache gerichtet worden, daß er seiner Umgebung zu einer Zeit, als die Leiche seiner Mutter noch nicht aufgefunden worden war, erzählte, er habe geträumt, daß die Mutter ermordet worden wäre. Dabei schilderte er alle Einzelheiten der blutigen Vorgänge und gab auch die Stelle an, an welcher nachher tatsächlich der Leichnam der Frau Grafins ge-

funden wurde. Daß der kleine Grafins bei der That zugegen war, ist ausgeschlossen, da nachgewiesen werden konnte, daß er zu der Zeit, zu der der Mord geschehen sein muß, Kinder einer befreundeten Familie beaufsichtigte. Dagegen dürfte man wohl nicht schäme, wenn man annimmt, irgend ein an dem Mord beteiligter habe in Gegenwart des Jungen den ganzen Hergang erzählt. Etwas Bestimmtes war jedoch aus dem Jungen bisher nicht herauszubekommen.

Inzwischen ist eine neue Verhaftung in der Grafinschen Mordsache erfolgt. Gestern nachmittag wurde in Ragow bei Wittenwalde der beschäftigungslose Schlächter Eichmann verhaftet. In dem Besitz des Verhafteten fand sich ein Geldstückchen, das angeblich der Ermordeten gehört hat. Ob die Behörden hier auf eine richtige Spur gekommen sind, oder ob wieder ein Unschuldiger in Verdacht gekommen ist, wird die weitere Untersuchung ergeben.

In der Medenwaldischen Mordsache finden noch täglich Vernehmungen von Zeugen durch den Untersuchungsrichter statt. Auch die Ermittlung der Kriminalpolizei über den Verbleib der beschuldigten Brüder Billy und Georg Gluth, sowie über die Ein- und Ausgaben der Familie Gluth, werden fortgesetzt. In einem Geständnis hat sich noch keiner von den beiden Festgenommnen begeben, sie bleiben beim Leugnen. Zur Aufklärung der Widersprüche in den Aussagen der Zeugen mit den Angaben der Beschuldigten mußten noch Ermittlungen angestellt werden, die bis jetzt angeblich zu Ungunsten der Brüder Gluth ausgefallen sind.

In der Mordsache hat gestern, Donnerstag, abermals eine Verhaftung der Wohnungen der Ermordeten und der Familie Gluth durch die Kriminalpolizei stattgefunden. Ein sechsjähriges Mädchen Johs, das wiederholt für Fraulein Medenwaldt eingeholt, will eines Morgens in deren Wohnung Herrenkleider gesehen haben. Das Mädchen blieb auch gestern den Kriminalbeamten gegenüber bei dieser Behauptung und zeigte ihnen die Stelle, wo damals die Kleider gehangen haben sollen. In der Gluthschen Wohnung besichtigten die Beamten genau auch die neuen Wulspuren, die der Verteidiger dort gefunden hat. Gluth hat der Behörde mitgeteilt, daß am Montag, Dienstag und Mittwoch jedesmal kurz vor 10 Uhr abends ein älterer, nicht sehr gut gekleideter Mann sich am Thürschloß seiner Wohnung zu schaffen machte. Sein Geräusch veranlaßte die Gluths jedesmal, sich nach ihm umzusehen, er entfernte sich aber stets so eilig durch einen der Ausgänge, daß man ihn bisher nicht feststellen konnte. Regelmäßig fand man bei der Gelegenheit vor der Thür angebrachte Streichhölzchen liegen. Es scheint, daß der Mann sich das Schloß recht genau ansehen will. Was er damit bezweckt, ist nicht recht klar. Vor Gluth ist gestern durch den Kriminalkommissar Dr. Groß vernommen worden. Das von seinem Damm abgehobelte Fleischstückchen hat die Kriminalpolizei an sich genommen. Das Dienstmädchen M., mit der Georg Gluth Umgang hatte, wird heute, Freitag, unter Zuziehung des Gerichtshypothek Sanitätsrat Dr. Witzgenzweig und Dr. Störmer vernommen werden.

Der grüne Anzug. In einer merkwürdigen Sache hat sich bei der Schulbehörde ein hiesiger Einwohner über einen Gemeindefachschullehrer im Norden der Stadt beschwert. Der Sohn des Erwähnten war nämlich als Konfirmand beim Schluß in einem grünen Anzug erschienen, der dem Rektor nicht gut genug ausah. Nach Angabe der Eltern hat der Rektor den Knaben nun nicht allein zur Rede gestellt, sondern ihn auf Veranlassung des Klassenlehrers auch die Prämie entzogen, die ihm ursprünglich zugesagt war. Die Eltern beabsichtigen nunmehr, von der Schulbehörde die Frage entscheiden zu lassen, ob es angängig ist, daß ein Schüler aus dem gedachten Grunde bestraft werde.

Feuerbericht. Zwei Brände in Tischlereien kamen Donnerstag früh Remelerstr. 9 und Ranbachstr. 5 zum Ausbruch. In beiden Fällen war die Rauchentwicklung sehr stark, doch konnte die Gefahr in kurzer Zeit beseitigt werden. Langestr. 51 und Kreuzbergstr. 9 waren kleine Wohnungsbrände abzulösen, während Dranienstr. 73 im Keller Stühle und Verpackungsmaterial in Flammen aufgingen. Klarn und Islandstr. 2 und Klosterstr. 4 waren auf blinden Lärm zurückzuführen.

Neue Anleihe für Russisch und Gelehrtskunde eröffnet die neunste städtische Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene Fruchtschraße 38 am Freitag den 27. April. Anmeldungen, auch für die verschiedenen andren Bezirke, wie Jekinen, Fachzeichnen, Rechnen, Buchführung, Deutsch, Französisch und Englisch, Pausst und Chemie, Stenographie, Schreibmaschine und Gesang nimmt Herr Dreigert Bagel täglich zwischen 7 und 9 Uhr abends im Amtszimmer Fruchtschraße 38 entgegen.

Aus den Nachbarorten.

Ueber die Charlottenburger Wohnungsverhältnisse entnehmen wir dem neuesten Hest der Charlottenburger Statistik einige interessante Daten. Es ergibt sich daraus, daß die Zahl der leerstehenden Wohnungen im Vergleich zum Vorjahr erheblich gestiegen ist, doch ist dies Steigen lediglich auf eine Zunahme der Zahl der unvernieteten größeren Wohnungen von drei Zimmern an zurückzuführen. Im November 1899 befanden sich unter je 100 leerstehenden Wohnungen nur 3 mit einem Zimmer und 5 mit zwei Zimmern. Der Mangel an Wohnungen mit einem und zwei Zimmern hat sich also nicht nur erhalten, er ist sogar noch fühlbarer geworden als vorher. Im Mai standen in den in Frage kommenden Stadtbezirken 23 Wohnungen von einem Zimmer leer, im November nur noch 10. Die Verhältnisse hat sich eben mehr größeren Wohnungen zugewandt. Am meisten Wohnungen stehen im Osten der Stadt leer, und zwar handelt es sich hier meist um große Wohnungen von 6 bis 10 Zimmern. Mehr als die Hälfte aller leerstehenden Wohnungen, nämlich 63 Proz., sind beim letzten allgemeinen Wohnungswechsel unvermietet geblieben. Es ergibt sich aus der Statistik auf der einen Seite ein immer zunehmender Mangel an kleinen, auf der andern Seite ein steigender Ueberfluß an großen, unvermietbaren Wohnungen.

Was die Höhe der Mietpreise betrifft, so wurde für eine Wohnung mit nur einem Zimmer im Vorderhause im November 1899 durchschnittlich 135 M. gezahlt, während der Mietpreis für eine einzimmrige Hinterwohnung 176 M. betrug. Mit Recht zieht die Statistik hieraus den Schluß, daß es die Beschaffenheit der Vorderwohnungen war, welche dieselben minderwertig erscheinen ließ. Der Preis für zweizimmerige Wohnungen ist vom Mai bis November von 357 auf 372 M. gestiegen. Der Preis für das heizbare Zimmer war um so größer, je größer die Wohnung war. Nur bezüglich der Wohnungen über 13 Zimmer macht sich das Gegenteil geltend. In ganzen sind die Durchschnittspreise für ein Zimmer in allen leerstehenden Vorderwohnungen gestiegen, während die entsprechenden Preise für Hinterwohnungen gesunken sind.

Schöneberg. In einem schweren Zusammenstoß kam es vorgestern abend zwischen Schulleuten und Aufschnern von Arbeitswagen im Restaurant von Fiedler in der Mühlenstraße. In der ziemlich engen Straße hatten die Aufschnere ihre Wagen auf den Gelsen der Straßenbahn stehen, während sie im Lokal saßen, um zu frühstücken. Der Auforderung eines Schullemanns, Platz zu machen, wurde nicht Folge gegeben. Bei der nunmehr requirierten Verstärkung kam es zu einer argen Schlägerei, bei der seitens der Beamten von der Waffe Gebrauch gemacht wurde, während die Aufschnere mit Spaten und Stäben dazwischenschlugen. Ein Aufschnere erhielt einen Schädelhieb über den Kopf und wurde so schwer verletzt, daß er nach der Unfallstation geschafft wurde, wo ihm die Wunden vernäht wurden.

Aus Pankow wird berichtet: Ein entsetzlicher Unfall mit tödlichem Ausgang hat sich gestern nachmittag um 5 Uhr hier zugetragen. Auf dem Plage des Baumeisters Franke in der Mühlenstraße 72 war der Vorarbeiter Hermann Müller mit vier Arbeitern dabei, einen fünf Meter langen, schweren Balken zu transportieren,

Als auf Müller's Kommando: „Werst ab!“ die Arbeiter den Balken von der Schulter kantelten, konnte der Vorarbeiter nicht mehr zeitig genug zur Seite treten. Der Balken traf ihn, warf ihn um, fiel auf ihn und zerstückte ihm den Kopf, den Hals und den oberen Teil der Brust. Da der Verunglückte noch Lebenszeichen von sich gab, so ließ man einen Ländchen Rettungswagen kommen, um ihn nach Berlin in ein Krankenhaus bringen zu lassen. Müller starb jedoch schon bald, nachdem ihn seine Mitarbeiter von der Last des schweren Balkens befreit hätten. Die Polizei sperrte den Platz und demnachrichtigte die Staatsanwaltschaft von dem Unfall. Die Leiche wurde nach der Halle in Panlow gebracht. Die beteiligten Arbeiter wurden noch gestern abend vernommen.

Weißensee. „Vescheidenheit ist eine Bier.“ Eine Petition, durch welche der Gemeindevertretung nahe gelegt werden soll, eine Summe zu dem geplanten Bau einer evangelischen Kirche in Neu-Weißensee zu bewilligen, soll in den nächsten Tagen eintreffen. Wegen Beschaffung der Mittel zu diesem Kirchbau hatte der zu diesem Zwecke ins Leben gerufene Verein an die oberen Behörden in Berlin etwa 20 000 Bittgesuche losgelassen, mit dem Resultat, daß die Unkosten für Briefbogen und Kuverts zc. (ungefähr 1000 M.) mit knapper Not durch die eingegangenen Spenden gedeckt wurden. Da man in diesen Kreisen nicht die notwendige Bereitwilligkeit zum Geben gefunden, soll jetzt die politische Gemeinde in Anspruch genommen werden. Man erteilt auch gleich, selbstlos wie immer, der Gemeinde kostenlos den Rat, das hierzu benötigte Kapital — vielleicht 80—100 000 M. — zu leihen.

Der Gemeinde, die zur Durchführung aller, auch der wichtigsten Aufgaben im Interesse des Gemeinwohl's angeblich kein Geld hat, mutet man hier zu, eine Anstalt zu subventionieren, die nach Ansicht der Mehrzahl der Bewohner durchaus entbehrlich ist. Die große Masse der Bevölkerung, die ihre Steuern zu notwendigen Zwecken verwenden will, hat alle Ursache, der ins Werk gesetzten Petition ihre Beachtung zu schenken. Die kleine Gruppe, welche ein solches Haus wünscht, mag es aus eigener Tasche bezahlen.

Schönholz. Eine wichtige Straße wird jetzt als Fortsetzung der Wisnauer- und der Kaiserin Augustastrasse angelegt. Sie beginnt bei den Jauerischen Bauwärdern, führt durch die Schönholzer Heide, dicht an dem Grundstück Schloß Schönholz vorbei und stellt zwischen Gesundbrunnen, Reinickendorf, Schönholz und Nieder-Schönhausen-Panlow eine direkte Verbindungsstraße dar.

Der Leichenfund bei Blüchelswerder, der die Gerichtsbehörden seit Ostern beschäftigt, hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Das junge Mädchen hat zweifellos die in dem hinterlassenen Schreiben zum Ausdruck gebrachte Absicht eines Selbstmordes ausgeführt. Die That hat die V. vermuthlich in der Dämmerstunde begangen und ist jedenfalls dicht an einer vorbeifahrenden Kiste ins Wasser gesprungen. Bei dieser Gelegenheit wurde sie von einem Bootshaken getroffen, vermuthlich ohne daß der Schiffer den von ihm berührten Körper wahrnahm. Die Selbstmörderin ist dann ohnmächtig geworden und im Wasser erstickt, während durch die Wunde eine nachträgliche Verblutung eintrat. Der Obduktionsbefund der Leiche läßt auch die Möglichkeit zu, daß die Verletzung durch einen Bootshaken herbeigeführt worden ist.

Gerichts-Beilage.

Eine Anklage wegen Münzverbrechens bezug. Weisße und Verbreitung falschen Geldes führte gestern den Kaiser Franz Kaiser zu Birholz, die Arbeiterin Witwe Emilie Strunk geb. Schramm, deren Tochter Elise Strunk und die Zimmermannsfrau Vertha Kaiser vor das Schwurgericht des Landgerichts I. Frau Strunk ist bereits zweimal wegen Münzverbrechens vorbestraft. Sie lernte die Angeklagte Frau Kaiser, die Mutter des ersten Angeklagten, bei Verhöhnung ihrer letzten Strafe im Jugendhaus kennen. Nach ihrer Entlassung trafen sich beide Frauen in Berlin und traten mit einander in Familienverhältnisse. Frau Kaiser wurde dadurch mit der Angeklagten Witwe Strunk bekannt und die Tochter der letzteren, Elise Strunk, knüpfte ihrerseits mit dem Bruder des Angeklagten Kaiser ein Liebesverhältnis an. Frau Kaiser hielt sich zumeist bei seiner Großmutter in Birholz auf, doch weilte er häufig zum Besuch bei seinen Eltern in der Reichshauptstadt. Eines Tages traf er daselbst die Witwe Strunk an und soll nun nach der Behauptung der Anklagebehörde sie beiseite genommen und zur Mitwirkung bei der von ihm betriebenen Falschmünzerei gewonnen haben. Er erklärte ihr, daß er über ihre Vorstrafe wegen Münzverbrechens Bescheid wisse und soll sie dann gefragt haben, ob sie bereit sei, nachgemachte Ein- und Zweimarstücke in Verkehr zu bringen. Sie erklärte sich dazu bereit und Kaiser soll ihr dann eine größere Anzahl nachgemachter Geldstücke übergeben haben, die sie alsdann in den verschiedensten kaufmännischen Geschäften beim Einkauf von Waren an den Mann brachte. Nach den Ermittlungen ist anzunehmen, daß Kaiser diese Falschstücke selbst angefertigt hat. Er scheint sich nach Birholz zurückgezogen zum haben, um dort ungestört arbeiten zu können. Bei einer daselbst abgehaltenen Hausdurchsuchung fand man im Stroh des Stalls zwei Schmelztiegel mit Metall-Gießresten und mehrere echte Ein- und Zweimarstücke vor, an denen Spuren von Blei sich zeigten. Frau Kaiser hatte anfänglich angegeben, die Schmelztiegel seien Eigentum seines verstorbenen Großvaters und die Geldstücke gehörten ihm, später sagte er, die Legel seien ihm von der Witwe Strunk zur Aufbewahrung übergeben worden und das Geld habe er von der Strunk zur Tilgung einer Darlehensschuld erhalten. Er hat sich aber durch wiederholte Arbeiten hinter verschlossener Thür und durch allerlei bedenkliche Redensarten im höchsten Maße verdächtig gemacht. Er sowohl wie die übrigen Angeklagten bestritten ihre Schuld. Frau Strunk hat nur zugegeben, in etwa 6 Fällen Geld, welches sie von Kaiser erhalten, ganz ordnungsmäßig verausgabt zu haben. Auch Elise Strunk wollte von der Verbreitung falschen Geldes nichts wissen. Frau Kaiser gilt der Anklagebehörde als die eigentliche Seele des ganzen Unternehmens. In ihrem Hause fanden die Zusammenkünfte statt, sie soll auch ihrem Sohn die Schmelztiegel geliefert haben. Bei einer in ihrer Wohnung vorgenommenen Hausdurchsuchung wurden echte Zweimarstücke mit Wappspuren aufgefunden, außerdem entdeckte man, unter dem Dache versteckt, Metallreste. Bezeichnend ist es auch, daß Frau Kaiser eigentlich nie Arbeit hatte und doch immer mit Geld versehen war. — Die gegen die Angeklagten vom Staatsanwalt vorgebrachten und durch die Beweisaufnahme teilweise unterstützten Verdachtsmomente wurden durch die Rechtsanwältin Gohmann, Guttmann, Dr. Gebauer und Gändig als nicht zureichend bekämpft.

Das Urteil lautet gegen Kaiser auf zwei Jahre sechs Monate Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust, gegen Elise Strunk auf drei Jahre Gefängnis und fünfjährigen Ehrverlust, gegen die Kaiser auf neun Monate Gefängnis und dreijährigen Ehrverlust, gegen Emilie Strunk auf Freisprechung.

Vom Gänsemarkt in Rummelsburg. Eigentümliche Zustände scheinen auf dem Geflügelmarkt zu Rummelsburg zu herrschen, wie in einer Verhandlung zur Sprache kam, die gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Die Handelsfrau Maria Kaczmarek hatte sich wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz zu verantworten. Die als Zeugin auftretende Arbeiterin Frau Behle bezeugte, daß die Angeklagte ihr im September vorigen Jahres zwei ausgewaschene Gänse für den Preis von insgesamt einer Mark angeboten habe. Auf ihre Verwunderung über den billigen Preis habe die Angeklagte erwidert: „Ja, es sind eben Gänse für Arbeiter.“ Die Zeugin habe die beiden Tiere gekauft, sie aber nicht gebraten, sondern gelocht. Einen ganzen Tag und eine Nacht hindurch habe sie die Gänse kochen lassen, aber dieselben seien hart und zähe geblieben wie zuvor. Sie habe sich bei der Angeklagten darüber beschwert und zur Antwort erhalten, daß sie, die Angeklagte, dagegen nichts machen könne. Nun habe die Zeugin von der Gans gegessen und das zähe Fleisch mit Rot und Röhre hinuntergewürgt. Ihr Mann und ihre Kinder hätten abgelehnt, von dem Fleisch zu essen, und das sei gut gewesen, denn sie selbst habe einen argen Durchfall erhalten, welches sie auf den Genuß

des Gänsefleisches habe zurückführen müssen. Die Angeklagte gab an, daß sie die beiden Gänse und eine Ente für den Gesamtpreis von 25 Pfennigen von einem ihr unbekannten jungen Mädchen in Rummelsburg gekauft habe. Die Gans sei mit je 10 Pfennigen, die Ente mit 5 Pfennigen berechnet worden. Sie habe sich zwar gedacht, daß die Tiere tot in Rummelsburg angekommen wären, aber niemals sei ihr der Gedanke gekommen, daß der Genuß des Fleisches schädliche Folgen haben könnte. Der auf dem Geflügelmarkt in Rummelsburg angestellte Hofinspektor Ruds bezeugte, daß häufig Gänse und Enten, welche auf dem Transport verendet seien, mehrfach von den Händlern aus Freiheit weggeworfen würden. Da könne es denn vorkommen, daß unbefugte Personen die weggeworfenen Tiere wieder aufzammelten und sich aneigneten, bevor die Aufseher dieselben beseitigen und der Abdeckerie überliefern könnten. Ein solcher Fall scheint hier vorzuliegen. Der Gerichtshof gelangte nicht zu der Ansicht, daß die auf einer sehr niedrigen Bildungsstufe stehende Angeklagte sich bewußt gewesen sei, daß der Genuß derartigen Geflügels schädlich wirken könne, sie wurde deshalb nur wegen Fahrlässigkeit zu einer Geldstrafe von 5 M. verurteilt.

Zum Prozeß Dasbach ist folgende, von der „Trierischen Zeitung“ gebrachte Meldung noch beachtenswert. In der Sitzung am Montag erreichte die Spannung des Publikums den höchsten Grad, als der Angeklagte an den Subregens Prof. Müller die Frage richtete: Sie betonen in Ihrem Gutachten, daß ein Geisteskranker resstitutionspflichtig sei, wenn er sich Vermögensvorteile auf unmoralischem Wege verschafft? Wie liegt die Sache in dem vorliegenden konkreten Falle? Ist Dasbach Herrn Groppe gegenüber resstitutionspflichtig oder nicht? Aber das Gericht war der Ansicht, daß die Beantwortung dieser Frage wertlos sei und das Publikum ist somit darauf angewiesen, sie selbst zu beantworten.

Versammlungen.

Die Bildhauer haben in ihrer öffentlichen Versammlung beschlossen, überall da, wo es ohne schwere wirtschaftliche Schäden möglich ist, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Ebenso wurde der Vertrauensmann beauftragt, wie alljährlich Marken a 50 Pf. auszugeben. Die Bildhauer werden nun im Interesse einer imposanten Meißener um frische Innehaltung obiger Beschlüsse und zahlreichen Besuch der im „Luisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakobstraße 37, stattfindenden Vormittagsversammlung ersucht.

Centralverband der Zimmerer. Die Mitglieder der Jahrestellen Berlin und der Vororte vereinigen sich am Sonntag, den 22. April, in den Arminienhallen zu einer gut besuchten Versammlung. Die Anwesenden erörtern zunächst das Andenken an das verstorbene Mitglied Karl Figner. Sodann gab der Kassierer Rube den Kassensbericht vom I. Quartal. Danach betrug die Einnahme mit dem Bestand vom IV. Quartal 1899 5288,99 M. Die Ausgabe 2645,60 M. An die Hauptkasse wurden 500 M., an die streikenden Bergarbeiter 4014,78 M. gelandt.

Der örtliche Fonds hatte an Einnahme incl. des Bestands vom IV. Quartal 17 088,69 M. zu verzeichnen, der mit Einschluß von 3724,58 M. gegenüber steht. Rube bemerkt sodann, daß die Zimmerer immer deutlicher einzusehen scheinen, daß eine in jeder Beziehung gefällige Organisation sich als eine Notwendigkeit erweise. Die Mitgliederzahl ist weiter gestiegen. Die Beiträge werden immer häufiger entrichtet, nur das eine mühen sich die Mitglieder angewöhnen, wenn irgend möglich, zum Quartalsbeitrag die Beiträge zu zahlen. Auch die Leistungen zum örtlichen Fonds sind als gute, sich stetig noch bessernde zu bezeichnen. Durchschnittlich tragen 1800 Mitglieder bei. Weitere 300, die wegen Arbeitslosigkeit frei abgestempelt erhalten, hinzugerechnet, ergeben 2100 regelmäßig ihren Pflichten nachkommende Mitglieder. In Berücksichtigung wurde zur Kenntnis gebracht, daß die im vorigen Jahre entnommenen nicht benutzten Einkünfte zum Besuch der Treptower Sternwarte, bis 1. Juli noch gültig sind. Betreffs der sogenannten Streikfahnen beantragten die Versammelten den Vorstand, diese Angelegenheit im Auge zu behalten, um gegebenenfalls energisch dem Beginn der Unternehmung entgegenzutreten zu können. Mitgeteilt wurde, daß die Festversammlung am 1. Mai im „Friedrichshofischen Kasino“, Friedrichstraße 296, stattfindet. Dort wird jedem Teilnehmer die Matinee ausgeschrieben, die in die Sommerarten zu liegen ist, um eine genaue Kontrolle zu ermöglichen. Hierauf sprach Rechtsanwält Frank über das Thema: Ein Streikzug durch das Bürgerliche Gesetzbuch.

Jum Schluß wies der Vorsitzende darauf hin, daß bei den Arbeiten, die zum Empfang des Kaisers von Oesterreich unternommen werden, den dort beschäftigten Arbeitern Ueberstunden in Aussicht gestellt werden. Die Kameraden mögen diese so viel wie möglich beschränken, um den Arbeitslosen Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Der Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands hielt am 22. April seine ordentliche Generalversammlung ab.

Bevor man in die Tagesordnung eintrat, ehrten die Versammelten das Andenken der verstorbenen Mitglieder Adler und Witro in üblicher Weise.

Es folgte der Bericht des Kassierers, dem folgendes zu entnehmen war: Die Einnahme im I. Quartal betrug 6037,43 M., die Ausgabe 7996,25 M. Unter den Ausgaben befinden sich 4370,30 M., die an die Hauptkasse abgeliefert sind, sowie an Krankenkassenbeiträge 527,30 M. und an Sterbegeld 168 M. Der Bestand der Orderversammlung beträgt augenblicklich 1071,18 M. Hierauf gab Werner den Bericht vom Arbeitsnachweis. Es wurden im I. Quartal 339 Stellen gemeldet. Der Branche nach wurden verlangt: 151 Hausdiener und Bader, 92 Aufseher, 70 Köche, Keller- und Speichelarbeiter, 26 Lauf- und Arbeitsbüchsen. Hiervon wurden 175 Stellen fest, 45 zur Anstufung befreit. Es konnten nicht befreit werden 119 Stellen, zum Teil wegen zu niedrigem Lohn, andererseits wegen Fehlens passender Kräfte. Unter Verbands-Angelegenheiten erstattet Edmund Bericht über den Verlauf des Kongresses des Zentralverbandes in Braunschweig. Nach längerer Debatte fand folgende Resolution mit überwältigender Majorität Annahme: Die Generalversammlung erklärt sich mit dem Anhalten der Einigungsverhandlungen einverstanden und hofft, daß die ferneren Verhandlungen zur vollständigen Einigung führen werden.

Ferner beschloß die Versammlung, die Anstellung des Mitgliedes Panier als Bureauangestellten mit einem Wochenlohn von 30 Mark bis auf weiteres gutzuheißen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Mannen Berlin und der Umgebung hielt am 22. April eine gut besuchte Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Wilhelm Kündel von den Anwesenden in der üblichen Weise gelehrt. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Herrn Dr. Föhl, der in interessanter Weise ein naturwissenschaftliches Thema erörterte. Darauf legte der Kassierer Kaufmann der Versammlung die Abrechnung vom ersten Quartal 1900 vor, aus der folgendes zu entnehmen ist: Einnahme 2989,95 M., Ausgabe 2915,95 M., bleibt Bestand 73,99 M. Bestand von 1899 10 950,41 M., Bestand am Schluß des ersten Quartals 1900 11 024,40 M.

Nach diesem wurde vom Ausschuss folgende Abrechnung vorgelegt: Einnahme 181 M., Ausgabe 153,42 M., bleibt Bestand 27,58 M.

Zum Schluß wurde vom Vorsitzenden bekannt gegeben, daß die Meißener in Quarg Festfällen, Grand-Hotel Alexanderplatz abgehalten wird.

Vermischtes.

Ein großer Waldbrand wird telegraphisch aus Breslau, 26. April, gemeldet: Zwischen Schweidnitz und Gersdorf im Kreise Grünberg brach gestern nachmittags ein Waldbrand aus, durch welchen der Waldbestand von gegen 1000 Morgen teils vernichtet,

teils stark beschädigt wurde. — Ein weiterer Waldbrand wüthete in einem großen Teile der Wälder des Bietzenbruchs südwestlich von Celle in der Richtung von Harbüren, Ovelgönne, Oldau, Winfen, Nigförde und Adelheidsdorf. Das vom Feuer bestrichene Areal beträgt etwa 4000 Morgen. Der Brand begann am Sonntagmittag. Das Feuer verbreitete sich bei der Trockenheit mit rasender Geschwindigkeit. Der Landrat in Celle erbat sofort militärische Hilfe und in kurzer Zeit war das erste Bataillon des Infanterieregiments Nr. 77, mit Wert- und Schanzzeug ausgerüstet, auf dem Weg zur Brandstätte. Hätte das Militär zehn Minuten später eingegriffen, dann wäre auch die schöne Bestung Nigförde verloren gewesen. In Mitleidenschaft gezogen sind die Bestungen von Rathje-Steinförde und Gut Nigförde, der Staatsforst und v. Doffels Gut. Die Gemeinde Oldau legte vorläufigweise an der bedrohlichsten Stelle ihres Forstes Gegenfeuer an. Viel Wild ist in den Flammen umgekommen. Es brennt noch in der Nähe von Adelheidsdorf. Dort ist viel Moor und wird das Feuer daselbst wohl noch tagelang fortglimmen.

Von der Pariser Weltausstellung schreibt man uns: Die erste Feuerbrunst hat am Dienstagmittags das Publikum und vor allem die Aussteller in große Aufregung versetzt. Gegen zwei Uhr stieg eine dicke Rauchwolke aus dem im Troladero-Park inmitten der englischen Kolonialausstellung gelegenen englischen Restaurant empor. Die für das Ausstellungsgebiet bestimmte Feuerwehre rückte denn auch bald an und die Spritzen waren gut im Stande. Nur schade, daß zuerst das Wasser fehlte, so daß noch mehrere Minuten nach Eintreffen der Feuerwehre vergingen, ehe der Kampf gegen das mittlerweile ziemlich stark gewordene Feuer beginnen konnte. Den vereinigten Ausstellungen der Feuerwehre und der anwesenden Arbeiter gelang es, das Feuer zu beschränken und bald gänzlich zu löschen. Das Feuer war im ersten Stock des genannten Restaurants entstanden und hat dort nicht unbeträchtlichen Schaden verursacht. Die Schuld an dem anfänglichen Wassermangel wird auf den ungenügenden Wasserdruck geschoben, über den überhaupt stark geklagt wird. Den Postleuten ist es bisher nicht möglich gewesen, dem Uebelstand abzuhelfen. Mit Recht wird in den Pariser Zeitungen gefragt, wie das erst werden soll, wenn die großen Wasserlasten des Chateau d'Eau, des Wasserflosses, spielen und unaufhörlich kolossale Wassermassen verbrauchen werden. Jedenfalls scheint die Ausstellung bis jetzt auf eine größere Feuerbrunst durchaus nicht vorbereitet zu sein.

Marktpreise von Berlin am 25. April 1900
nach Ermittlungen des lgl. Postregierungsamts.

Ware	Preis	Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, gut	15,00	14,98	Sortfleisch, neue, D. Cir.	7,-	5,-
„ mittel	14,90	14,94	Windschiff, Reule 1 kg	1,60	1,20
„ gering	14,82	14,90	„ do. Rauch	1,20	1,-
Roggen, gut	14,57	14,54	Schweinefleisch	1,90	1,-
„ mittel	14,51	14,48	Rohfleisch	1,90	1,-
„ gering	14,45	14,42	Hammelfleisch	1,60	1,-
Gerste, gut	—	—	Butter	2,60	2,-
„ mittel	—	—	Eier	60 Stk.	4,- 2,20
„ gering	—	—	Karpfen	1 kg	2,20 1,20
Hafer, gut	14,70	14,30	Kale	3,-	1,-
„ mittel	14,30	13,80	Haber	2,60	1,-
„ gering	13,70	13,30	Erbsen	2,-	1,-
Rüböl	5,60	4,82	Barfische	1,60	0,60
Senf	8,10	5,60	Schiete	3,-	1,40
Erbsen	40,-	25,-	Bleie	1,20	0,80
Weizenmehl	45,-	25,-	Steele	per Schot	12,- 3,50
Weizen	70,-	30,-			

Produktenmarkt vom 26. April. Erneute Nachfröcke und erhebliche Preissteigerungen in New York, Chicago, Paris und Oesterreich-Ungarn haben dem heutigen Getreidemarkt ein sehr festes Gepräge, welches in der Preisgestaltung sowohl für Weizen, als auch für Roggen zum Ausdruck kam. Im Viehmarkt entfaltete sich zeitweise ein sehr lebhafter Geschäft für alle Rassen, wobei Weizen durchschnittlich 1 M., Roggen per Mal 1 M. per Fuß und September 0,75 M. besser bezahlt wurde. Auch Mehl lag sehr bei sehr knappem Angebot, Hafer im Viehmarkt bis 1,50 M. besser bezahlt, Mais kammer auf Amerika, Rüböl gut bezahlt, ruhig. Am Spiritusmarkt wurde Wer loco mit 49,70 (unverändert) gehandelt.

Weizen per 1000 Rilo märkischer 150—150,50 M. ab Bahn, Oberbrucher —, —, Schälcher —, —, ab Speicher. Normalgewicht von 755 Gr. 151,25—150,75 M. Abnahme im Mai, da 155,55—155,50 Abnahme im Juli, da 150—150,25 Abnahme im September mit 2 M. Mehr, oder Winterweizen besser. — Roggen per 1000 Rilo Oberbrucher 145,50 ab Bahn, vollmächtiger, —, frei Mehl, Barfische Schwimmlender 146,—, Rege Schwimmlender —, —, frei Mehl, Barfische Schwimmlender 712 Gr. 149—148,75 Abnahme im Mai, da 147,25—147 Abnahme im Juli, da 144—144,25 Abnahme im Mai, da 144 Abnahme im September mit 1,50 M. Mehr, oder Winterweizen —, Hafer: loco per 1000 Rilo, feiner pommerischer 140—145, mittel 135—130, westenbayerischer feiner 140—145, mittel 130—135, westpreussischer —, westpreussischer mit Weizen 130—135, polener —, mittel 135—137, schleischer —, mittel 134—137, westpreussischer feiner —, —, ab Bahn, märkischer mit Gerst —, frei Wagen, Normalgewicht 450 Gr. 133—133,50 ab Abnahme im Mai, 133,50 im Juli. — Mais: Ansel wird loco 127—128 frei Wogen, 112—114,75 Abnahme im Mai, Tendenz fest. — Weizen: Weizen mehl: Nr. 60: 19,00—21,65 M. Roggen mehl Nr. 6 und 1: 19,10—20,35 M. Abnahme im Mai 19,90, Abnahme im Juli 19,40. — Rüböl 51 für 100 Kilogr. mit 100, Abnahme im Mai 57,20, Abnahme im Oktober 57,10 M. Tendenz fest. — Spiritus 49,70 frei Hans.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

N. 2. 217. Bitte, kommen Sie an einem Vormittag zwischen 10 und 12 Uhr auf die Redaktion und meiden Sie sich im Sekretariat. Solche Fragen lassen sich mündlich leichter und präziser erledigen.

N. 99. Und unbekannt.

N. 6. Metall. Bezugswesen für Walfammetall und Molybdänmetall sind und nicht bekannt; wenden Sie sich an ein Fachblatt.

N. 86. In Hamburg ist keine bedeutende Fabrikation. Blüthner-Deppig, Schindmayer-Strutgart.

N. 87. Wir verzichten auf den Erwerb der Bände.

N. 600. 1. 500 M. 2. Nein, das ganze Vermögen. 3. 2—3 Monate warten. 4. Leider möglich, das Erstere raten. — E. J. 1. An sich ja, hier nein. 2. Ja, der Gerichtsbescheid kann pünktlich. — H. G. 1. Um verständlich. 2. Hängt von der Konstitution der Frau ab. — E. G. 1. Das hängt von seinem sonstigen Einkommen ab. — H. J. 20. Hängt davon ab, durch welchen Schuld die Verlobung aufgelöst ist. — E. 2. 100. Wiederholen Sie die Anfrage. — H. 9. Können wir im Briefkasten nicht beantworten. — (20). Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sachverhalt ausdrücklich an. — H. 23. 1. und 2. Beantworten wir nicht. 3. Regierungspräsident, für Berlin Oberpräsident der Provinz Brandenburg in Potsdam. — W. E. 4. Weissensee. Wenn Sie Ihrer Aufsichtspflicht genügt haben, nein. — C. G. 1. Ja, auch jetzt noch. — H. St. 1. und 2. Die Summe ist nur für in p. d. b. i. c. h. e. n. Betrieben beschäftigte Beamte und Arbeiter bestimmt. 3. Ja. — 87. Gewerkschaft und Aufsichtsbefugnisse. — Monitor. 1. Antrag beim Amtsgericht. 2a. Nur im Wege der Anfechtung möglich. 2b. Hängt vom Inhalt des Testaments Ihres Vaters ab. 3. R. v. Wohl; das deutsche Reichsstaatsrecht. — J. 50. Haben Sie ein Testament, in dem Sie den Sohn zum Erben einsetzen und den Mann auf den Pflichtteil beschränken.

N. 20. Nur im zweiten Fall. — W. R. 1.—3. Ja. 4. Nein. — N. 2. Ohne Vermittlung Ihrer Mutter können Sie keine Abschrift erhalten. — G. 2. 26. 1. Nein. 2. Ja, Reinigung bringen geboten. — P. 2. 100. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Fr. 6. St. 54. Köstlich so nicht beantworten. Wenden Sie den Sach